

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. B. C. Geyer.
Fernsprecher: Max Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 26. Febr. 1931

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Die Gewerkschaften beim Reichspräsidenten.

SPD. Die Gewerkschaften haben am Donnerstag Mittag Gelegenheit genommen, den Reichspräsidenten über die katastrophale Lage am Arbeitsmarkt zu unterrichten. Dieser Schritt ist Ausdruck der gewerkschaftlichen Aktivität und der gewerkschaftlichen Initiative, die sich an den höchsten Beamten der deutschen Republik wendet, nachdem Versuche beim Arbeitsministerium zu keinem Erfolg geführt haben. Der Reichspräsident hat versprochen, seine und der Regierung volle Kraft für eine Besserung einzusetzen. An dieses Wort Hindenburgs werden sich die Gewerkschaften zu halten haben. Der Schritt der Gewerkschaften muss der Anfang einer Aktion sein, die den Millionen, vom Elend der Arbeitslosigkeit Betroffenen Hilfe bringt. Dabei wird man vor Anwendung aussergewöhnlicher Mittel nicht zurückschrecken dürfen. Wir denken dabei insbesondere an die Frage der Arbeitszeit.

Der Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenverbände wohnten u.a. der Reichskanzler Dr. Brüning und der Reichsarbeitsminister Stegerwald bei. Der Führer der Gewerkschaftsdelegation Theodor Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wies im Namen von 7 Millionen organisierten Arbeitern und Angestellten und im Namen von 12 Millionen Arbeitnehmern, die unter die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge fallen, auf die katastrophale Entwicklung der Arbeitsmärkte hin. 5 Millionen Arbeitslose seien es, die durch die gewerkschaftliche Delegation die Hilfe des Reichspräsidenten anrufen.

"Die Lage," so führte Leipart aus, "ist von Woche zu Woche bedrohlicher geworden. Die Last der Verantwortung, die wir für das Schicksal der arbeitenden Bevölkerung insgesamt und für die Arbeitslosen im besonderen zu tragen haben, dieses Gefühl der Verantwortung für die Zukunft des ganzen Volkes ist es, das uns heute hierher geführt hat. Die grosse Arbeitslosigkeit ist eine internationale Erscheinung und ihre Ursachen sind nicht im eigenen Land zu suchen. Wir wissen auch, dass die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk durch die schweren Reparationslasten vorbelastet sind. Diese Lasten sind allerdings nicht die eigentliche, zumindest nicht die einzige Ursache der Krise in Deutschland, die manche uns weismachen möchten. Aber sie haben natürlich zur Verschärfung der Lage in Deutschland wesentlich beigetragen.

Besonders verzweifelt sieht es unter der Arbeitnehmerschaft in Ostpreussen und Pommern aus, wo Ende Januar 48 bis 49 % unserer Mitglieder arbeitslos waren. Nicht viel besser ist die Beschäftigung in Schlesien, Sachsen und Mitteldeutschland. Nicht nur die Bauberufe weisen eine noch nicht dagewesene Arbeitslosigkeit von 70 bis 80 % auf, sondern auch in vielen Industriezweigen gibt es heutzutage mehr Arbeitslose als Beschäftigte. In der Tabakindustrie waren Ende Januar 58,5 % arbeitslos und weitere 18,6 % arbeiteten verkürzt. In der Textilindustrie sind nur 33,1 % noch voll beschäftigt, im Holzgewerbe 35,5 %, unter

den Schuhmachern nur noch ganze 12,7 %.

Ich darf, Herr Reichspräsident, in einem kurzen Wort darauf hinweisen, welche Gefahr für Staat und Gesellschaft sich hier entwickelt hat und sich immer weiter vergrössern wird, wenn mander Arbeitslosigkeit nicht endlich steuert. Es besteht auch eine grosse Gefahr für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, obwohl sich diese mit Qualitätsarbeit der ausländischen Konkurrenz gegenüber behaupten kann. Es ist aber klar, dass der Arbeiter, der jahrelang an der Ausübung seines Berufes gehindert ist, seine Berufsfertigkeit und Berufstüchtigkeit und damit auch natürlich die Eignung zum Qualitätsarbeiter verlieren muss.

Und wie ist nun die wirkliche Lage der Arbeitslosen? Nur ein Drittel von ihnen erhält noch in vollem Umfange die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung, Zweidrittel sind angesichts der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ausgesteuert und auf die dürftige Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge angewiesen. Wir fühlen uns verpflichtet, vor Ihnen besonders im Namen dieser unserer Volksgenossen das Wort zu nehmen. Aber auch die Arbeiter und Angestellten, die in den Betrieben stehen, fühlen sich von zwei Seiten durch die ungeheure Krise getroffen. Einmal leben sie unter der ewigen Furcht bevorstehender neuer Entlassungen; weiterhin fühlen sie den gewaltigen, nach ihrem Dafürhalten durch nichts gerechtfertigten Druck auf ihren Arbeitslohn.

Schon Anfang 1930 setzte der stillschweigende Lohnabbau in den meisten Wirtschaftszweigen ein. Im Laufe des vergangenen Jahres sahen die Arbeitnehmer ihre Akkordlöhne und ihre sonstigen übertariflichen Verdienste allmählich absinken. Die Einkommensabzüge, die die Lohnempfänger infolge des Ausfalls an Arbeitsstunden unter Kürzung der Akkordlöhne zu tragen haben, übersteigen um ein Vielfaches die Opfer, die man den Festbesoldeten aufzuerlegen für billig hält. Und nach diesem "kalten Lohnabbau" begann dann der Angriff der Unternehmer auf die Tariflöhne, dem die Reichsregierung ihre Unterstützung leistete und den die Arbeitnehmer als grosse Ungerechtigkeit empfinden. Bis jetzt wurde dieser zweite Lohnabbau für rund 3 Millionen durchgeführt. In den nächsten Monaten stehen aber neue gewaltige Tarifbewegungen in den verschiedenen Berufen bevor und die Arbeitnehmer haben das Gefühl, dass sie bei diesen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, bei diesem Generalangriff auf ihre Löhne und Gehälter, auf die Lebenshaltung ihrer Familien nicht den Schutz der staatlichen Macht finden, auf den sie glauben, wie alle anderen Berufsschichten, berechtigten Anspruch zu haben."

Nach der Rede Leiparts erteilte der Reichspräsident dem Vertreter der christlichen Gewerkschaften Imbusch das Wort, der die Unmöglichkeit darlegte, der Landwirtschaft jetzt durch Zollerhöhungen und ähnliche Massnahmen eine Gefälligkeit zu erweisen, die zur Folge haben muss, dass die Lage der Arbeitslosen und der Arbeitnehmer durch Verteuerung der Lebenshaltung noch weiter verschlechtert wird. Das Ausland würde sicherlich auch zu Gegenmassnahmen greifen, wodurch der Export von Industrieerzeugnissen geschädigt und die Zahl der Arbeitslosen noch weiter vermehrt werden müsste. Bechly sprach über die Gefährdung der Angestelltenversicherung. So sei von Arbeitgeberseite bereits auf die vorhandene Reserve der Angestelltenversicherung hingewiesen und ihre Verwendung für die Wirtschaft verlangt worden. Besonders traurig sei die Lage der älteren Angestellten.

Auf Grund einer Zwischenbemerkung des Reichspräsidenten nahm Leipart Gelegenheit, sich über die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung auszusprechen. Er verwies darauf, dass durch die gewaltige Vermehrung des Angebots der menschlichen und der maschinellen Arbeitskräfte die Lage sich gegenüber der Zeit, als der Achtstundentag zu Gesetz erhoben wurde, ganz gewaltig geändert hat. Es sei eine gewaltige Bereicherung des ganzen Volkes erforderlich, um die Waren zu verbrauchen, die mit den so vermehrten Produktivkräften erzeugt werden können. Diesen Reichtum des Volkes würde aber niemand der Anwesenden erleben. Wolle man also alle Arbeitslosen wieder beschäftigen, dann bleibe nur eine Verkürzung

der Arbeitszeit übrig. Diese Ausführungen wurden von Schneider unterstützt, der auch auf die Notlage der jüngeren Angestellten verwies. Grassmann vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wendete sich dann in eindrucksvollen Worten gegen die Politik der Lohnsenkung.

Im Verlauf der Unterredungen gaben der Reichskanzler Dr. Brüning und der Reichsarbeitsminister Stegerwald wichtige Erklärungen ab. Stegerwald erklärte, er würde an dem Kern der Tarifverträge, an dem Kern des Schlichtungswesens und an dem Kern der Sozialversicherung während seiner Arbeitszeit nicht rütteln lassen. Aber es gebe auf diesem Gebiet noch eine Anzahl Inflationerscheinungen und eine Anzahl Unausgeglichenheiten, die noch beseitigt werden müssten und wo die Gewerkschaften auch noch Konzessionen machen könnten. Den Vertretern der Arbeitgeber, die in den letzten Tagen von ihm verlangt hätten, das staatliche Schlichtungswesen wenigstens vorübergehend zu suspendieren, habe er geantwortet, dass er das entschieden ablehne.

Reichskanzler Brüning führte aus, dass die Regierung die heutigen Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern von sich aus weiter fortsetzen werde. Er wolle aber heute schon gegenüber irreführenden Mitteilungen in der Öffentlichkeit sagen, dass die Ermächtigung, die die Regierung in dem neuen agrarpolitischen Gesetzentwurf vom Reichstag verlange, nicht so gedacht sei, dass die Regierung nun sofort Zollerhöhungen durchzuführen beabsichtige; vielmehr solle jede eventuelle Zollerhöhung davon abhängig sein, dass die Landwirtschaft zuvor gewisse Bedingungen auf dem Gebiet der Selbsthilfe erfülle z.B. auf dem Gebiet der Rationalisierung, der Standardisierung, der Verkaufsorganisation durch Ausbau des Genossenschaftswesens usw. Der Reichsernährungsminister habe erklärt, dass er der Landwirtschaft für die Durchführung dieser Selbsthilfemaßnahmen bestimmte Termine setzen werde und erst nach Erfüllung dieser Bedingungen werde die Regierung sich bereit erklären, von der Ermächtigung evtl. Gebrauch zu machen.

Der Reichspräsident schloss die Unterredung mit dem Bemerkten, dass er die Sorge der Gewerkschaften teile, dass er gewiss tun wolle, was in seinen Kräften stehe, zu helfen, und dass er glaube, dass auch die Regierung ihrerseits das Notwendige und Mögliche gleichfalls tun werde. Man dürfe aber den Mut nicht verlieren!!

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit dem kommunistischen Antrag über das Grubenunglück auf Eschweiler Reserve, der unter anderem eine strenge Untersuchung und Verhaftung der Betriebsleitung verlangt. Unter Ablehnung des kommunistischen Antrages nahm der Ausschuss einstimmig eine Entschliessung an, die die Reichsregierung ersucht, sich mit der preussischen Staatsregierung ins Einvernehmen zu setzen, um eine strenge Untersuchung der Ursache des Unglücks auf Eschweiler Reserve durchzuführen. Diese Untersuchung soll sich auch erstrecken auf die wiederholten Massehunfälle im Wärm-Revier, besonders auf den Gruben des Eschweiler Bergwerkvereins. Es wird erwartet, dass alle bergpolizeilichen Sicherheitsmassnahmen in ausreichendem Masse durchgeführt werden, dass ferner etwa an dem Unglück schuldige Aufsichtspersonen oder Zechenbeamte unnachsichtlich zur Rechenschaft gezogen und dass weitere Massnahmen getroffen werden, um den steigenden Unfällen im Bergbau vorzubeugen. Auch die Kommunisten stimmten diesem Antrag zu, nachdem auf Anfrage erklärt und ausdrücklich protokolliert worden war, dass alle Arbeiter der Grube, die an der Untersuchung interessiert sind, vernommen werden sollen.

Der weitere kommunistische Antrag, 3 Millionen Mark aus Anlass des Grubenunglücks bereitzustellen, wurde abgelehnt, weil aus Anlass des Unglücks in Alsdorf vom Reiche 2 Millionen Mark bewilligt worden sind, die in ausreichendem Masse auch für die Bezuschussung der Hinterbliebenen der neuen Katastrophe genügen. Ueber die Ursache des neuen Grubenunglücks wurde von Ministerialrat Rother vom Preussischen Grubensicherheitsamt mitgeteilt, dass eine sogenannte

Gezähkiste, in der die Bergleute ihr Werkzeug aufbewahren, auch Zündkapseln und wahrscheinlich Sprengstoff enthalten habe. Durch ein Verrücken dieser Kiste sei eine Explosion hervorgerufen worden, die dann weiterhin die grosse Kohlenstaubexplosion zur Folge hatte. - Von sozialdemokratischer Seite wurde noch darauf hingewiesen, dass die durch das Verrücken der Kiste entstandene Explosion höchstens fünf statt der 32 Opfer gefordert hätte, wenn die Gesteinstaubsicherung auf der Grube durchgeführt gewesen wäre.

SPD. Helsingfors, 26. Febr. (Eig. Drahtb.)

Von der sozialdemokratischen Fraktion ist am Donnerstag im finnischen Reichstag eine Interpellation eingebracht worden, in der energischer Einspruch gegen die bisherige Passivität der Regierung gegenüber den zahlreichen von den Lappo-Leuten verübten Gewalttätigkeiten und die Duldung der verfassungsfeindlichen Lappo-Drohungen erhoben wird. Die Interpellation stellt fest, dass die Regierung trotz beruhigender Erklärungen durchaus keine ausreichende Energie bei der polizeilichen und strafrechtlichen Verfolgung von Lappo-Attentätern gezeigt habe. Die innerpolitische Unruhe könne nicht beseitigt werden, bevor die Regierung nicht ausreichend Wandel geschaffen habe, wie es die finnische öffentliche Meinung fordere. Die Interpellation schliesst mit dem Verlangen, dass die Regierung eine klare Antwort gebe, ob sie gewillt sei, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Finnland zu sorgen und die Umsturzbestrebungen der Lappo-Aktivisten zu unterbinden.

SPD. Warschau, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Im auswärtigen Sejm Ausschuss wurde am Donnerstag-Mittag die Debatte über den deutsch-polnischen Handelsvertrag abgeschlossen. Die Regierungsvorlage wurde mit den Stimmen der Regierungsabgeordneten und der Sozialisten gegen die der Rechten und der Bauernfraktion angenommen. Der Referent, ebenfalls ein Regierungsabgeordneter, der sich für den Aufschub der Ratifizierung ausgesprochen hatte, enthielt sich der Stimme und verzichtete auf die Berichterstattung, die für das Plenum einem anderen Regierungsabgeordneten übergeben wurde. Die Beratung über den Handelsvertrag vor dem Plenum beginnt am Montag.

In der Debatte sprach der sozialistische Abg. Czapinski, der die grosse Bedeutung des Handelsvertrages für die Befriedung und Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen hervorhob. Die unregelmässigen Beziehungen Polens zu seinen beiden grossen Nachbarstaaten Deutschland und Russland könnten auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden. Der deutsch-polnische Handelsvertrag müsse daher, wenn er auch keine vollkommene Lösung darstelle, ratifiziert werden, umso mehr, als dadurch die pazifistischen Elemente in Deutschland gestärkt würden.

In politischen Kreisen hat die Unterstützung der Regierungsvorlage durch die Sozialisten lebhafteste Zustimmung gefunden. Sie ist ein Beweis für die durchaus sachliche und zielbewusste Haltung der Sozialisten, die keine politische Gegnerschaft anerkennen wenn es gilt, für die Völkerverständigung und die Regelung der nachbarlichen Beziehungen zu wirken.

SPD. Im Hauptausschuss des Sächsischen Landtages streiken die Nationalsozialisten schon seit einiger Zeit. Sie erscheinen zwar pünktlich zu Beginn jeder Sitzung und schreiben sich in die Anwesenheitsliste ein, um die Diäten nicht zu verlieren, verschwinden aber dann schleunigst, ohne an den Sitzungsarbeiten teilzunehmen. Nunmehr ist dem Ausschuss die Geduld gerissen und er hat an die Nationalsozialisten die Frage gestellt, ob sie sich den Verpflichtungen

tungen der Mitglieder unterwerfen und insbesondere das ihnen zugefallene Schriftführeramt wieder besetzen wollen. Da sie diese Frage verneinten, wird nunmehr der Ältestenrat des Landtages sich mit der Frage zu beschäftigen haben ob angesichts einer so konsequenten Untätigkeit die Weitergewährung der Diäten an die streikenden Ausschussmitglieder noch am Platze sei.

SPD. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung gegen die Nationalsozialistische Partei gefällt. Gegen das Verbot der nationalsozialistischen Wochenzeitung "Schlesischer Beobachter" war Beschwerde eingelegt worden. Der Oberpräsident hatte das Verbot damit begründet, dass in einer Reihe von Artikeln dieser Wochenzeitung der Tatbestand der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens gegeben sei. In der Beschwerde wurde auf den Eid Hitlers sowie auf seinen letzten Aufruf verwiesen. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Beschwerde und gab folgende Begründung zu seinem Beschluss :

"Es ist allerdings richtig, dass der Führer der BSDAP Adolf Hitler in dem vom 23. September bis zum 4. Oktober 1930 vor dem Reichsgericht verhandelten Strafprozess gegen drei Ulmer Reichswehroffiziere eidlich bekundet hat, er verfolge seine Ziele nur noch auf streng legalem Wege. Wie indessen gerichtsbekannt ist, strebt die NSDAP die Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches an, und es sind, wie das aus zahlreichen Artikeln der nationalsozialistischen Presse gefolgert werden muss, zum mindesten Teile der NSDAP der Ueberzeugung, dass die von der Partei angestrebte Änderung der Verfassung nur durch einen Gewaltakt erfolgen könne und dass deshalb die breiten Massen ideologisch auf einen solchen gewaltsamen Umsturz vorbereitet werden müssen. Wenn daher auch der Parteiführer Adolf Hitler darauf halten mag, dass revolutionäre Bestrebungen innerhalb der NSDAP unterdrückt und unter Umständen mit Ausschluss aus der Partei geahndet werden sollen, so schliesst das noch nicht aus, dass solche revolutionäre Bestrebungen innerhalb der Partei auch ohne Zustimmung des Parteiführers Hitler und selbst gegen seinen Willen stattfinden."

Wenn es auch heisst, der November-Staat werde "ganz legal zu wackeln beginnen", so ist doch der ganze Ton, in dem die Artikel geschrieben sind, nicht auf ein legales, sondern vielmehr auf ein gewaltsames Vorgehen und somit auf einen gewaltsamen Sturz der Verfassung gestimmt. Zwar wird das Ziel des bewaffneten Aufstandes nicht so offen proklamiert wie z.B. in den kommunistischen Propaganda-Zeitschriften, aber es handelt sich hierbei nur um eine vorsichtigeren Ausdrucksweise, wie es ja Methode in den nationalsozialistischen Zeitschriften ist, in Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen nach Möglichkeit das Gesetz zu umgehen, ohne dabei tatsächlich auf die vom Gesetz verbotenen Handlungen verzichten zu wollen.

Diese Erwägungen zwingen dazu, Wendungen wie "Wann geht es los? - Von der Oder zum Rhein glimmt der Funke des Aufruhrs unter der Oberfläche. Der Führer brauchte nur zu rufen, dann marschierten Millionen - Und hinter dieser S.A. da wird der Marschtritt klingen von Männern mit den Zuschlaghämmern aus den Fabriken und den Sensen der deutschen Bauern" und dergleichen mehr nicht etwa nur bildlich, sondern vielmehr als eine ideologische Beeinflussung der Massen zur Vorbereitung auf einen revolutionären Gewaltakt aufzufassen. Und das Ziel eines solchen Gewaltaktes kann im Sinne der NSDAP nur die gewaltsame Änderung der Verfassung des Deutschen Reichs zur Errichtung des "Dritten Reiches" im Sinne Adolf Hitlers sein.

Hiernach stellen die beanstandeten Artikel eine Vorbereitung zum Hochverrat im Sinne der §§ 81 Ziffer 2, 86 StGB. dar."

SPD. Braunschweig, 26. Februar (Eig. Dr.)

Der "Volksfreund" veröffentlicht fortlaufend eine Reihe von Zuschriften von Augen- und Ohrenzeugen der ungeheuerlichen Vorgänge anlässlich des Nazi-Gautages. Aus den Zuschriften geht einstimmig hervor, dass die Hakenkreuzler wie Vandalen gehaust und bedeutend mehr Personen schwerverletzt haben als bisher überhaupt bekannt geworden ist. Uebereinstimmend wird berichtet, dass nach Braunschweig verfrachtete Nazihorden durchweg schwer bewaffnet gewesen sind. Es ist wiederholt beobachtet worden, wie die SA-Führer in Aktentaschen, die an den Autos mitgeführt wurden, Waffen einsammelten und diese auf den Autos versteckten.

SPD. Braunschweig, 26. Februar (Eig. Dr.)

Auch für die am Sonntag stattfindenden Braunschweiger Kommunalwahlen hat die KPD-Parteileitung strikte Anweisungen auf Ablehnung jeglicher Listenverbindung mit sozialdemokratischen Arbeitern herausgegeben. Dieser Befehl ist überall befolgt worden, sodass durch die Zersplitterung der KPD proletarische Stimmen verloren gehen. In dem Orte Benzigerode lehnte die dortige KPD-Ortsgruppe eine Listenverbindung der SPD ab, um jedoch mit einer anderen Liste, auf der Nazi und Stahlhelmer vereint stehen, eine Verbindung einzugehen.

SPD. Brüssel, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Die politische Lage in Belgien hat sich plötzlich zugespitzt. Die Regierungsmehrheit ist in einer grossen Reihe von Fragen hoffnungslos gespalten. In der gegenwärtig im Senat behandelten Frage der Erhöhung des Einfuhrzollens auf Hafer bekämpfen sich der Landwirtschaftsminister Baels und der Ausseeminister Hymans auf offener Tribüne. Dazu kommen die ewigen Unzuträglichkeiten in der Sprachenfrage, die Schwierigkeiten inbezug auf die Militärvorlage und verschiedene persönliche Reibereien. Unter diesen Umständen prophezeit man der Regierung Jaspas kein langes Leben mehr. Schon verschiedentlich hatte man von Regierungsseite den Sozialisten zu verstehen gegeben, dass man ihren Eintritt in die Regierung nicht ungern sehen würde. Jetzt aber sind sehr verantwortungsvolle Persönlichkeiten der Regierungsparteien offen an die sozialistischen Führer herangegangen, um sie zur Teilnahme an einer Dreiparteien-Regierung zu bewegen. Da man längst weiss, dass die Sozialisten dies entschieden ablehnen, bis nicht Neuwahlen den Willen der Wähler deutlich kundgetan haben, so hat man sich jetzt erst entschlossen, einen stärkeren Druck auf die Sozialisten auszuüben, indem man ihnen den Vorschlag macht, der Regierungsteilnahme zum ausdrücklichen Zwecke der Verwirklichung der Sozialversicherung zuzustimmen. Das ist natürlich eine sehr wichtige Forderung für diese Partei, aber sie wird es sich noch sehr gründlich überlegen, ob sie sich auf eine derartige Kombination einlässt, denn die Jaspas-Regierung hat in den letzten vier Jahren eine so schwere finanzpolitische Misswirtschaft getrieben, insbesondere durch Herabsetzung der Besitzsteuern unter gleichzeitiger fortgesetzter Erhöhung der Kriegsausgaben eine so schwere finanzielle Lage geschaffen, dass es schwer einzusehen ist, wo das Geld für eine Sozialversicherung, wie sie vor allem die Sozialisten befriedigen könnte, herkommen soll. Auf keinen Fall könnten die Sozialisten den für die Festungsbauten angeforderten 300 Millionen Franken zustimmen. Immerhin ist in der nächsten Zukunft mit einer lebhafteren Entwicklung auf der politischen Bühne zu rechnen.

SPD. Paris, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Vernehmung des ehemaligen Finanzministers Chéron vor der Untersuchungskommission im Oustric-Skandal hat die Richtigkeit der am Mittwoch gemachten Feststellung bestätigt, wonach Péret in seiner Eigenschaft als Justizminister monatelang die beabsichtigte Untersuchung gegen Oustric verhindert hat. Chéron konnte nichts anderes als das amtliche Protokoll als richtig anzuerkennen. Im Anschluss daran machte er die Aufsehen erregende Mitteilung, dass er bereits im November 1929, damals in der Eigenschaft als Finanzminister, auf die Machenschaften des Bankiers Oustric aufmerksam geworden war und eine gerichtliche Untersuchung gegen den Bankier angeregt habe. Chéron war aber damals von einem hohen Beamten des Finanzministeriums von seiner Absicht abgebracht worden. Dieser Beamte war, wie sich nunmehr herausgestellt hat, von Oustric gekauft. Des weiteren erklärte Chéron, dass im März 1930 noch einmal die Absicht bestand, gegen den Bankier Oustric gerichtlich einzuschreiben. Diesmal hatte sich jedoch Oustric der Hilfe verschiedener einflussreicher Abgeordneter versichert, die durch Interventionen die Gefahr hintertrieben.

Parallel mit den Arbeiten der Untersuchungskommission geht nunmehr ein neuer Feldzug der Pariser Polizei. Sie hat am Donnerstag-Vormittag unvermutet in dem Privathaus des Senators Lederlin eine Haussuchung abgehalten, desgleichen in den Büroräumen der von Lederlin kontrollierten Blanchisserie de Thaon, wo auch die beiden Privatsekretäre vernommen worden sind. Vier dicke Pakete mit Korrespondenzen fielen der Polizei hierbei in die Hände, über deren Inhalt jedoch noch nichts bekannt geworden ist.

SPD. Paris, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Ein schweres Schadenfeuer brach am Donnerstag-Vormittag am Flugfeld von Etampes aus, wo mehrere Arbeiter damit beschäftigt waren, das Reservoir eines Bleriot-Apparates abzumontieren. Das Feuer griff sehr schnell um sich. Mehrere Personen trugen schwere Brandwunden davon. Vier Flugzeuge verbrannten vollständig.

SPD. Paris, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Quai d'Orsay wurde am Donnerstag die zweite europäische Agrarkonferenz eröffnet, deren Aufgabe es ist, den Absatz der landwirtschaftlichen Ernte Europas in den künftigen Jahren zu sichern. Wieder war es Briand, der die Tagung mit einer feierlichen Begrüßungsrede eröffnete. Nachdem von der ersten landwirtschaftlichen Konferenz, die am Mittwoch-Abend zu Ende gegangen ist, die Unterbringung der Ernterückstände des letzten Jahres gesichert worden sei, gelte es jetzt einen ständigen Plan für die zukünftige Ernte auszuarbeiten. Diese Arbeit sei umso dringlicher, als im nächsten Monat im internationalen landwirtschaftlichen Institut in Rom eine Konferenz zur Hebung der Landwirtschaftskrise in der ganzen Welt zusammentreten solle. Auf dieser Konferenz aber müsse Europa geschlossen und mit einiger Marschlinie auftreten gegenüber den grossen überseeischen Getreide-Exportländern.

Wieder wurde der französische Unterstaatssekretär Francois Poncet zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt. Nicht nur wegen des viel weiter gesteckten Zieles, sondern auch wegen der starken Meinungsverschiedenheiten über die Mittel und Wege zur ständigen Lösung der europäischen Landwirtschaftskrise dürfte diese zweite Konferenz nicht so schnell zum Abschluss kommen wie die erste. Ein Teil der Konferenzteilnehmer, darunter vor allem Frankreich, sehen in der Gewährung langfristiger Kredite und dem Abschluss bindender Kauf- und Lieferungsverträge das sicherste Mittel, den Agrarstaaten aus ihrer Notlage zu helfen. Andere Staaten wiederum, so vor allem Deutschland, glauben einen solchen starren Eingriff, der einen schwerfälligen behördlichen Kontrollapparat benö-

tigt und das freie Spiel der Kräfte schliesslich hemmen muss, ablehnen und an seine Stelle ein System der Vorzugszölle empfehlen zu sollen. Dieser Streit hat für Deutschland insofern grosses Interesse, als Deutschland vor der Eröffnung neuer Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn und Rumänien steht, bei denen die Frage der Vorzugszölle angeschnitten werden soll. Es ist daher zu befürchten, dass auf Antrag des österreichischen Delegierten Schüller die Konferenz zunächst das Problem der Vorzugszölle zur Behandlung stellt. Auf Antrag des französischen Konferenzvorsitzenden soll zum Schluss auch die Frage einer eventuellen allgemeinen Produktionsbeschränkung diskutiert werden.

SPD. Paris, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Auf Antrag der auswärtigen Kommission der Kammer hat sich Aussenminister Briand bereit erklärt, eine diplomatische Protestdemonstration bei der ungarischen Regierung zu unternehmen. Vor einiger Zeit ist bekanntlich in Budapest Graf Carolyi unter der Anklage, für Frankreich Spionage getrieben zu haben, zu mehrfähriger Festungsstrafe verurteilt worden. Die Verurteilung stellt jedoch, wie der Abg. Loucheur in der auswärtigen Kommission betonte, einen glatten Verstoss gegen den Vertrag von Trianon dar. Angesichts der Tatsache, dass Loucheur und der Generalsekretär der französischen Liga für Menschenrechte, Guernut, über den Fall Carolyi in der Kammer zu interpellieren drohten, erklärte sich Briand bereit, den französischen Gesandten in Budapest zu einem Protestschritt zu beauftragen.

SPD. Braunschweig, 26. Februar (Eig. Dr.)

Der Druck, den Franzens Parteifreunde auf die Braunschweiger Polizei ausgeübt haben, hat zu ungeheuerlichen Folgeerscheinungen geführt. Ein Polizeibeamter hatte ein Protokoll aufgenommen, in dem es hiess, dass ein Nationalsozialist einen Passanten während des letzten Gaudages der Nazis mit einem Messer gestochen habe. Der nationalsozialistische Landtagspräsident Zörner liess sich den Polizeibericht vorlegen und forderte von dem Beamten, dass aus dem Worte "Nationalsozialist" das Wort "eine Person" gemacht werde. Der Beamte weigerte sich, in dem Protokoll etwas zu ändern. Darauf setzte sich Zörner mit dem vorgesetzten Beamten in Verbindung, der dann anordnete, dass die Änderung zu geschehen habe.

Nationalsozialisten haben also unter der Herrschaft Franzens bereits das Recht, dass amtliche Protokolle ihren Wünschen entsprechend geändert werden!

SPD. Stuttgart, 26. Februar (Eig. Dr.)

Die Entwicklung der Angelegenheit Friedrich Wolf entbehrt nicht der merkwürdigsten Zwischenfälle. Aus dem Dr. Wolf nahe stehenden Personenkreis heraus ist seine Haftentlassung aus persönlichen und sachlichen Gründen, die auch in der Öffentlichkeit anerkannt wurden, gefordert worden. Es wurde auch mitgeteilt, dass eine Aufrechterhaltung der Haft wegen Fluchtverdacht nicht gerechtfertigt wäre, da eine Sicherheit angeboten worden sei, und zwar von einer angesehenen Verlagsgesellschaft. Nachdem der Untersuchungsrichter diesen Einwänden durch seine am Mittwoch aus eigener Entschliessung abgegebenen Erklärung entgegengekommen ist, wonach der für den Fall der Hinterlegung einer entsprechenden Sicherheit, die er erst auf 40 000 dann aber auf 25 000 Mark festgesetzt hat, bereit sei, auf die Fortdauer der Haft zu verzichten, werden nunmehr von der anderen Seite Schwierigkeiten gemacht. Es heisst, dass die hohe Summe beanstandet worden sei. Das macht selbstverständlich einen sehr eigenartigen Eindruck.

Es scheint aber auch, dass sich Wolfs eigene Auffassung von der Art, wie seine Sache geführt werden soll, etwas geändert hat, seit er die Fühlung mit der württembergischen Bezirksleitung der Kommunistischen Partei wieder aufgenommen hat. Von dieser ist für Donnerstag-Abend eine grosse Protestversammlung gegen Wolfs Verhaftung einberufen worden, die natürlich durch seine vorherige Freilassung an Bedeutung verloren hätte. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass sich Wolf bei seinen Entschlüssen doch von Rücksichten auf solche engere parteipolitische Interessen leiten lässt. Auf jeden Fall bleibt die sonderbare Tatsache bestehen, dass er aus der Haft nicht entlassen worden ist, obgleich ihm schon seit Mittwoch die Möglichkeit dazu gegeben ist.

SPD. Der Hackebeil-Verlag in Berlin, der u.a. eine illustrierte Zeitung und Hausfrauenzeitschriften vertrieb, ist jetzt für die Ausschlachtung durch die Schwerindustrie reif. Die Verwaltung des Unternehmens hat die Eröffnung des Vergleichsverfahrens beantragt, während von Gläubigerseite die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt worden ist. Die Verlagsrechte der Gesellschaft sind auf die schwerindustrielle Norddeutsche Druckerei und Verlagsanstalt, die u.a. auch die Deutsche Allgemeine Zeitung herausgibt, übergegangen. Bei einem Aktienkapital von $2\frac{1}{2}$ Millionen werden die Verluste mit 3,40 Millionen Mark angegeben. In der am Donnerstag stattgefundenen Generalversammlung wurden verschiedene Forderungen, u.a. eine Forderung der Danatbank, von der Opposition beanstandet. Als Schluss einer heftigen Debatte wurde die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat ausgesetzt.

SPD. Stuttgart, 26. Februar (Eig. Drahtb.)
Der Polizeipräsident von Stuttgart hat mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit mit sofortiger Wirkung bis einschliesslich 8. April dieses Jahres aufgrund des Artikels 123, Abs. 2 der Reichsverfassung im Bezirk des Polizeipräsidenten Stuttgart Versammlungen und Aufzüge jeder Art unter freiem Himmel verboten. Mit diesem Verbot war für das Gebiet von Gross-Stuttgart nach der am Tage vorher vom Staatspräsidenten Bolz im Landtag abgegebenen Erklärung zu rechnen. Die Ausdehnung des Verbots auf andere Teile des Landes hat sich der Staatspräsident je nach dem Gang der Entwicklung vorbehalten.

SPD. Stuttgart, 26. Februar (Eig. Drahtb.)
Der württembergische Staatspräsident Bolz hat sich in einer stark besuchten Versammlung katholischer Akademiker und Studenten eingehend mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt und dabei u.a. folgendes ausgeführt:
"Der Nationalsozialismus lenkt das berechtigte Nationalgefühl in falsche Bahnen. Jeder anständige Mensch in Deutschland will die Beseitigung des Versailler Vertrages und der Tributlasten. Aber noch kein Nationalsozialist hat den Weg gewiesen, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Da eine gewaltsame Aufhebung der Tributeleistungen unbedingt Krieg zur Folge hätte, den Hitler nach seiner Erklärung selbst nicht wünscht, so bleibt nur der Verhandlungsweg. Nun hat sich bei den Young-Verhandlungen gezeigt, dass Deutschland finanziell nicht gerüstet war und daher den Young-Plan in jeder Form annehmen musste, wenn nicht alles zusammenbrechen sollte. Um solche Situationen künftig zu vermeiden will die Reichsregierung Brüning zuerst die Reichsfinanzen sanieren und dann erst die Reparationsverhandlungen einleiten. Unterliessen wir die innere Sanierung, wie es die Nationalsozialisten wollen, dann würde eine eventuelle Kündigung der Milliarden Auslandskredite das wirtschaftliche und finanzielle

Chaos in Deutschland zur Folge haben. Erst nach der Sanierung der deutschen Finanzen ist der Weg zu neuen Verhandlungen offen, ohne dass im Inland alles zusammenbricht.

In der Innenpolitik sind die Ziele der Nationalsozialisten gleich verhängnisvoll. Das "Dritte Reich" Hitlers, eine Kopie Mussolinis, bedeutet bestimmt den Bürgerkrieg. Die in den freien Gewerkschaften wohl organisierten Arbeitermassen, die Hitler nicht spalten konnte, werden nicht ruhig zusehen wie Hitler gestützt auf die Wahlerfolge eines blinden Volkes, sich auf den Thron setzt. In diesem Bürgerkrieg wird nicht Hitler, sondern die geeinte Linke Sieger sein. Aufgabe einer besonnenen Politik der Mitte ist, das Aneinandergeraten der beiden radikalen Gruppen rechts und links zu verhindern. Wenn man dem Zentrum den Vorwurf macht, dass es mit der Sozialdemokratie zusammenarbeite, so sage er, der in Württemberg seit acht Jahren andere Wege gegangen sei und auch nicht vorhabe zu wechseln, dass die politische Zusammenarbeit des Zentrums mit der Sozialdemokratie besonders in Preussen politisch notwendig sei. Wenn der nationalsozialistische Sturm noch ein Jahr dauere, dann habe er die feste Ueberzeugung, dass die Bewegung sich überschlägt. Kein Volk lässt sich lange Zeit in solcher politischen Hochspannung halten. Daher gilt es Zeit zu gewinnen, noch ein paar Monate den Reichstag zusammenzuhalten und Neuwahlen zu vermeiden. Die Mitte lässt sich beschimpfen, aber ihr gehört doch die politische Zukunft.

SPD. München, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Nach dem Auftrieb der Nationalsozialisten am 14. September versuchte die kleine Hitlerfraktion im bayerischen Landtag mit allen Mitteln, die Auflösung des Landtages zu erzwingen, um die Konjunktur bei den Wählern möglichst für ihre Parteiinteressen auszunutzen. Da ihr auf normalem Weg kein Erfolg beschieden war, reichten sie Ende Oktober Klage beim bayerischen Staatsgerichtshof ein mit dem Antrag, der Staatsgerichtshof möge alle Beschlüsse des Landtags seit der bekannten Entscheidung des gleichen Gerichtshofes vom 16. Februar 1930 für ungültig erklären. Diese Forderung wurde begründet mit dem Hinweis, dass der gegenwärtige Landtag durch das Staatsgerichtshofurteil in der Frage der umstrittenen 15 Landesmandate seine Rechtsgültigkeit verloren habe. Diese letzte Hoffnung der Hakenkreuzler auf rasche Neuwahlen wurde nunmehr am Donnerstag durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zerstört. Die Klage der Nazis wurde abgewiesen. Zu dem Fiasko trug nicht zuletzt die Vertretung der Klage durch den berühmtesten Anwalt des dritten Reiches Frank II bei, der ohne jegliche Kenntnis der Sachlage eine völlig unzulängliche juristische Begründung gab, dafür aber sein Plaidoyer mit politischen Bemerkungen spickte. Wegen einer dieser Anwürfe wurde er auch vom Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes zurechtgewiesen. Die Begründung des Urteils ist für später in Aussicht gestellt.

SPD. London, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Prüfstein für die Zusammenarbeit zwischen Labour Party und Liberalen und zugleich die schwierigste Klippe für die Arbeiterregierung ist das neue Gewerkschaftsgesetz. Es konnte vor einigen Wochen mit Mühe und Not durch die zweite Lesung und in die Kommissionsberatungen gebracht werden. Die Absicht der Liberalen war jedoch, in diesen Kommissionsverhandlungen dem neuen Gesetz die Zähne auszubrechen. In vorderster Linie steht die Frage der Gesetzlichkeit des Sympathie- und Generalstreiks. Dieser wichtigste Stein in der Regierungsvorlage vereinigte am Donnerstag die Konservativen und die Mehrheit der Liberalen gegen die Arbeiterpartei, deren Kommissionsmitglieder mit 31 gegen 37 Stimmen in der Minderheit blieben. Fünf Liberale stimmten für die Regierung. Es wurde ein liberaler Zusatzantrag angenommen, der nicht nur den General-

streik verbietet, sondern in der Praxis jeden grösseren Streik unmöglich machen und die Arbeiterschaft noch hinter das Baldwin'sche Ausnahmegesetz zurückwerfen würde. Bei den Beratungen kam es zu den heftigsten Auseinandersetzungen. Zum Schluss wollten es die Liberalen mit einem Kompromiss versuchen. Sowohl die Gewerkschaftsvertreter wie die Regierung lehnten jedoch jede Abschwächung der Regierungsvorlage ab. Die Regierung wird nunmehr die Ansicht der Gewerkschaften hören und vielleicht das gesamte Gesetz zurückziehen, da es durch die Annahme des liberalen Antrages für die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft zwecklos geworden ist. Selbst wenn das Gesetz von dem Labour-Kabinet zurückgezogen wird, so muss doch im Unterhaus Bericht erstattet werden, sodass es dort noch einmal zu einer grösseren Debatte kommen wird.

SPD. London, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Wegen ungebührlichen Betragens gegen den Präsidenten des Unterhauses wurde am Donnerstag der Arbeiterabgeordnete W. J. Brown von der Sitzung ausgeschlossen. Brown hatte die Redezeit überschritten. Als ihm der Präsident nach mehrfachen Mahnungen sagte, der Abgeordnete habe der Geschäftsordnung nachzukommen, andernfalls das Haus befragt werden müsse, erklärte Brown: "Schliessen Sie mich ruhig aus." Das geschah mit 296 gegen 17 Stimmen.

SPD. Bombay, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Besprechungen zwischen Gandhi und dem Vizekönig werden am Freitag wieder aufgenommen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 26. Febr. (Eig. Ber.)

Zu Beginn der Reichstagssitzung am Donnerstag donnerten die Kommunisten gegen die Lohn- und Gehaltsabbaumassnahmen in den Duisburger Stahlwerken und gegen die Stilllegung der Hütte Ruhrort=Meiderich. Sie verlangen die sofortige Beratung eines Antrages, der die Reichsregierung auffordert, den Stahlwerksverband zur sofortigen Wiederaufnahme des vollen Betriebes zu verpflichten und zur Wiedereinstellung aller bisher Beschäftigten zu den bisherigen Lohnsätzen. Der Reichstag überwies den Antrag unter Zustimmung der Kommunisten dem Haushaltsausschuss. Der von den Kommunisten so hart angegriffene Generaldirektor Poensgen der Stahlhütte Ruhrort=Meiderich befindet sich im Augenblick auf Einladung der russischen Sowjet-Regierung mit anderen Schwerkapitalisten auf der Reise nach Moskau. Hoffentlich sorgen die deutschen Kommunisten dafür, dass Stalin gelegentlich der Festbankette und Festvorstellungen in Moskau dem Generaldirektor Poensgen und den anderen kapitalistischen Lohnabbauern in Deutschland gehörig einheizt.

In der fortgesetzten Aussprache zum Haushalt für Ernährung und Landwirtschaft verlangte der Staatspartei Dr. Weber, dass die bewährte bisherige Handelsvertragspolitik fortgesetzt werde. Unter dem stärkeren Schutz der bäuerlichen Betriebe, den seine Partei wolle, dürften die deutschen internationalen Handelsbeziehungen nicht leiden. Der Redner sprach dann noch insbesondere für Verbilligung der Kredite. Das Ereignis des Tages war die Rede des Abgeordneten Schlange. Dieser Abgeordnete war früher im preussischen Landtag und später auch noch im deutschen Reichstag einer derjenigen, die am heftigsten die Republik und die republikanische Staatsform attackierten. Er scheint unter dem Zwang der Verhältnisse umgelernt zu haben. In seiner heutigen Rede sagte er, dass er mit rücksichtsloser Wahrhaftigkeit sprechen werde. In der Tat nahm er sich diejenigen seiner Berufsvertreter, die zusammen mit den unfähigen Nationalsozialisten aus dem Reichstag geflohen sind, tüchtig vor. Er sprach von einem erbarmungswürdigen Dilettantismus. Die Rettung der Landwirtschaft könne nicht aus Tausenden Volksversammlungen kommen. Man könne der Landwirtschaft auch nicht dadurch helfen, dass man sich als Zuhörer auf die Reichstagtribüne setze, wie es der Deutschnationale Landbundführer Stubbendorf getan hat, sondern man müsse im Saale mitarbeiten. Vielleicht gäbe es manchen, der ein leises Stossgebet ausspreche, damit die Hilfsmassnahmen dieser Regierung von Misserfolg begleitet seien. Gewiss unterstehe manches, was die Regierung getan habe der Kritik, aber er möchte den Halbgott sehen, der an der Stelle Schieles sässe und mehr herausholte. Es werde sich bald zeigen, was unter den heutigen Verhältnissen eigentlich staatserhaltende Parteien sind. Schlange verlangte für den Osten eine grosse Anzahl von Wechselprolongationen, bis die Osthilfe wirksam werde. Die russische Bedrohung sieht er für die deutsche Landwirtschaft in einigen Jahren als sehr stark an. Es sei fraglich, ob da Zölle noch helfen könnten. Er fordert Kontingentierung der Einfuhr und Reorganisation der agrarischen Binnenwirtschaft auf der Basis einer umfassenden Qualitätswirtschaft. Die landwirtschaftlichen Organisationen müssten aus der babylonischen Verwirrung der Märkte heraus. Die grossen landwirtschaftlichen Organisationen müssten eine unmittelbare Verbindung mit den grossen Verbraucherorganisationen vornehmen. Schlange redet in dieser Beziehung einer gewisser Planwirtschaft das Wort.

Der Reichsernährungsminister Schiele danke dem Abgeordneten Schlange, der einer der wenigen von seinen ehemaligen Freunden ist, die noch zu ihm halten. Schiele sprach gegen Gefrierafleischeinfuhr, da in Deutschland von deutschen Schweinen noch zwei Millionen aufgenommen werden könnten. Auf dem Gebiete der Absatzorganisation sei zweifellos noch viel zur Senkung der Zwischenspanne im Preise zu tun. Das Agrarproblem könne nur wirken, wenn die Landwirtschaft

zur Selbsthilfe aller Kräfte anspanne. Dazu sei vor allem eine Senkung der Zinsen notwendig. Es werde nachgeprüft, ob hier bei den landwirtschaftlichen Kreditorganisationen alles in Ordnung sei.

Die weitere stundenlange Aussprache brachte kaum noch Beachtenswertes. Auf eine Anfrage der Zentrumsabgeordneten Frau Dr. Weber sagte Schiele die Bildung eines Ausschusses für Ernährungsfragen zu, an dem auch Verbraucher beteiligt werden sollten. Der Kommunist Putz schilderte die elende Lage der kleinen Bauern, wie es am Tage vorher schon der Sozialdemokrat Tempel getan hatte und brachte sie im Gegensatz zur Lage des Landbundführers Graf Kalckreuth: 38 v.H. der Schulkinder seien unterernährt. Die Abstimmungen über den Ernährungshaushalt werden erst nach der kurzen Reichstagspause stattfinden. Nächste Sitzung Montag 3 Uhr.

SPD.Rom, 26.Febr. (Eig.Drahtb.)

Die einstündige Besprechung zwischen den englischen Ministern und Mussolini, die am Donnerstag-Nachmittag in Gegenwart des italienischen Aussenministers und des Marineministers stattfand, hat die dort vom aussenpolitischen Standpunkt aus behandelte Frage des Flottenübereinkommens augenscheinlich sehr geklärt. Unseren zuerst gegebenen Informationen, dass das Problem der Flottengleichheit zwischen Frankreich und Italien beiseite gelassen bzw. bis 1936 verschoben wird, werden jetzt von best informierter Seite bestätigt. Die langen Vor- und Nachmittagsverhandlungen der Sachverständigen drehten sich um rein technische Fragen über die Beschaffenheit des Frankreich verbleibenden Flottenübergewichts. Da gibt es noch manche Schwierigkeiten, aber allgemein überwiegt die optimistische Stimmung. Die englischen Minister bleiben bis zum Sonnabend in Rom. Dann dürften sie wohl ein für alle Teile annehmbares Übereinkommen nach Paris und London mitnehmen.

Es ist übrigens als sicher anzunehmen, dass auch Deutschland, und zwar von englischer Seite durch die Botschaften, offiziell über den Gang der Verhandlungen unterrichtet wird. Es soll in Deutschland der Eindruck vermieden werden, als trete es zur Abrüstungskonferenz zwecklos einer Reihe fester Abmachungen zwischen den Staaten des Londoner Flottenpaktes gegenüber, und als ob diese Abmachungen auch irgendwie die Rüstungen zu Lande betreffen.

SPD.Sidney, 26.Febr.(Eig.Drahtb.)

Nachdem alle Anleiheversuche der australischen Regierung an dem Widerstand der Banken gescheitert sind, hat nunmehr der australische Bundesrat mit Stimmenmehrheit der Zentralregierung die Genehmigung gegeben, für 18 Millionen Pfund Sterling Notgeld zu drucken. Von dieser Summe werden 12 Millionen Pfund zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und sechs Millionen Pfund zur Agrarhilfe verwandt. Der Antrag des Ministerpräsidenten von Neusüdwaales, die ausländischen Anleihezahlungen einstweilen einzustellen, wurde mit allen Stimmen abgelehnt.

SPD.London, 26.Febr. (Eig.Drahtb.)

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cook, dem vor einigen Wochen das Bein amputiert wurde, ist völlig wiederhergestellt. Am Donnerstag erschien er zum erstenmal lebhaft begrüßt im Unterhaus.

Verständigung tut not!

von Rudolf Breitscheid.

SPD. Die Deutschnationalen glauben, dass der Tag ihres Triumphes unmittelbar vor der Türe stehe. Ihr Auszug aus dem Parlament werde, so versichern sie ihren Anhängern, in kürzester Zeit seine Rechtfertigung finden. Landauf, landab halten ihre Führer Reden, in denen sie den Wählern darlegen, wie gewaltig die Schwierigkeiten der Regierung seien, und wie der Reichskanzler Brüning jetzt vor der Alternative stehe, entweder den Bruch mit der Sozialdemokratie zu vollziehen oder sich ihr bedingungslos zu unterwerfen.

Was Herr Hugenberg und seine Freunde natürlich in erster Linie wünschen, ist der Bruch. Denn er würde bedeuten, dass man so oder so auf die streikenden Rechtsparteien zurückgreifen müsste. Sie würden die Arbeit wieder aufnehmen, aber selbstverständlich einen hohen Preis fordern. Sie wären die Retter des Vaterlandes und müssten als solche honoriert werden. Ihre Politik wäre glänzend gerechtfertigt, und ihr Verlassen des Reichstags würde in der Tat, um mit dem Abgeordneten Dr. Oberföhrer zu sprechen, "eine Etappe auf dem Wege des Endkampfes" gewesen sein.

Die andere Möglichkeit, die der Unterwerfung der Regierung unter den Willen der Sozialdemokratie, wäre den Deutschnationalen ohne Zweifel nicht ganz so sympathisch. Träte sie ein, so blieben sie weiter aus der praktischen Politik und dem Einfluss auf die Geschäfte ausgeschaltet. Aber auch in diesem Fall erhoffen sie sich Vorteile. Sie könnten ihre Hetze verstärken, das Kabinett, als den Befehlen der "Marxisten" gehorchend, an den Pranger stellen, und die Seelen der braven Bürger in den Mittelparteien mit der Furcht vor kommenden schrecklichen Dingen erfüllen.

Nun wird niemand das Vorhandensein von grossen Schwierigkeiten leugnen wollen. Eine Reihe von Problemen, über die zwischen der Regierung und der Sozialdemokratie die Meinungen stark auseinandergehen, harren ihrer Lösung. Das Landwirtschaftsprogramm, das Osthilfegesetz, der Etat des Arbeitsministeriums und der Etat der Reichswehr, in dem von allem anderen abgesehen, die erste Rate für das Panzerschiff B angefordert wird, bieten in der Tat genügend Konfliktstoff. Das Kabinett hat Rücksicht zu nehmen auf die bürgerlichen Fraktionen, die in ihm vertreten sind. Es soll ihren militärpolitischen und agrarpolitischen Wünschen entsprechen, die nach dem Verzicht der Hugenberg- und Hitlerleute auf weitere Mitarbeit nicht etwa herabgeschraubt worden sind. Landvolk, Volkspartei und wie sie alle heissen, haben doch jetzt das Bedürfnis, den Nachweis zu erbringen, dass das, was sie die nationalen Belange nennen, von ihnen mit nicht geringerem Nachdruck vertreten wird, als von denen, die draussen auf der Lauer liegen. Aber diese Parteien haben keine Mehrheit, und soll eine solche geschaffen werden, so ist die Mitwirkung der Sozialdemokratie erforderlich.

Wer die Verhältnisse oberflächlich betrachtet, kann zu dem Ergebnis gelangen, dass die Position der Sozialdemokratie nie günstiger gewesen sei als in diesem Augenblick. Wir haben indessen oft genug dargetan, wie falsch eine solche Betrachtungsweise ist und brauchen uns nicht zu wiederholen. Ohne die Sozialdemokratie kann die Regierung in dem Reichstag, wie er heute aussieht, in der Tat nichts erreichen, und auf der anderen Seite verfügen Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen über die Majorität, und sind also in der Lage, Beschlüsse zu fassen und Beschlüsse zu verhindern. Jedoch die rücksichtslose Ausnutzung dieses Zahlenverhältnisses würde unserer Sache recht wenig nützen. Nicht nur, weil in jedem Falle der Reichsrat sein Wort mitzusprechen hätte, nicht nur, weil es eine verfehlte Politik wäre, über der Feststellung der Machtverteilung in dem um 150 Stimmen verkleinerten Parlament die Machtverteilung im Lande zu vergessen, sondern vor allem, weil die grosse Gefahr besteht, dass eine Ablehnung von Kompromissen das Regierungssystem, das wir erhalten wollen, auf die eine oder andere Weise seinen eingefleischtesten Gegnern in die Hand

spielen würde. Die Genugtuung über einen parlamentarischen Sieg, die Befriedigung über den Sturz eines Kabinetts, das Ansprüchen der Arbeiterschaft auf den verschiedensten Gebieten nicht gerecht wird, könnten von sehr kurzer Dauer sein. Was nachher käme, mag im einzelnen ungewiss sein, sicher aber ist, dass es im besten Falle nur der sozialistischen Agitation einen grösseren Spielraum eröffnen würde, und ob, in welchem Umfang, und wie lange die Freiheit einer solchen Agitation erhalten bliebe, wäre auch noch zweifelhaft.

Heisst das nun, dass die Sozialdemokratie sich trotz ihrer scheinbaren Machtstellung einfach zu fügen habe? Müssen wir die These der Deutschnationalen, nach der die Regierung Brüning sich entweder uns zu unterwerfen oder den Bruch mit uns zu vollziehen habe, auf uns selber anwenden? Sicherlich nicht. Weder von dem Standpunkt des Kabinetts ausgesehen, noch von unserem eigenen ist eine solche Ausweglosigkeit gegeben. Bei beiderseitigem guten Willen lassen sich Lösungen finden, die die Hoffnungen der Katastrophenpolitiker zuschanden machen.

Dass die Sozialdemokratie den guten Willen zur Verständigung besitzt, hat sie in den letzten Monaten oft genug bewiesen. Um der Herrschaft der Diktatorlünsternen zu entgehen, hat sie Zugeständnisse gemacht und ihre Wähler haben sie verstanden. Nun kommt es darauf an, dass derselbe gute Wille auch von den anderen bewiesen wird. Gerade weil der strittigen Fragen viele sind, sollte ein Ausgleich um so leichter sein.

Gewiss erstrecken sich die Meinungsverschiedenheiten auf die verschiedensten Gebiete. Aber die militärischen, die sozialen, die agrarischen Fragen dürfen im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht jede für sich gesondert betrachtet werden. Gesamtpolitische Erwägungen haben im Vordergrund zu stehen, und ihnen sind die Einzelprobleme unterzuordnen. Wer nehmen will, muss zu geben bereit sein, und wer dann verächtlich von einem Kuhhandel spricht, der trägt einer Situation nicht Rechnung, in der um der Erhaltung des Ganzen willen ein Austausch von Leistungen und Gegenleistungen auch über die Grenzen der Ressorts hinweg geboten ist.

Die Verhältnisse würden erst kritisch werden, wenn sich die Regierung und die Regierungsparteien der Erkenntnis dieser Notwendigkeit entzögen. Kritisch nicht nur für das Land, sondern nicht zuletzt auch für die bürgerlichen Parteien und namentlich für das Zentrum. Dann würde man den Weg der Unterwerfung gehen, nicht den unter den Willen der Sozialdemokratie, sondern den unter das Joch Hugenbergs und seiner nationalsozialistischen Verbündeten. Man braucht nur die letzten Reden zu lesen. Herr Hugenberg hat in Braunschweig für die Rechte die Führung der politischen Geschäfte gefordert, und sein Freund Oberföhrer hat es in Frankfurt a.d.O. als die Frage der nächsten Zukunft bezeichnet, ob sozialistisch oder nationalsozialistisch regiert werde. Wir können nicht annehmen, dass dem Zentrum und seinem Kanzler die dort angemeldeten Ansprüche und die hier eröffneten Aussichten annehmbar und verlockend erscheinen, und wir müssen daher erwarten, dass Wege der Verständigung gesucht und gefunden werden.

SPD. London, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Am 19. November 1930 war der 14 000 Tonnen grosse neue englische Passagierdampfer "Highlandhope" in der Nähe der portugiesischen Küste auf Grund gelaufen und untergegangen. Das Londoner Gericht, das die Ursachen des Unglücks festzustellen hatte, fällte am Donnerstag seinen Urteilsspruch. Der Schiffseigentümer wurde nicht von jeder Schuld freigesprochen, da der Kapitän des Dampfers ein 75 Jahre alter Mann gewesen war, der den körperlichen Anstrengungen seines Postens nicht mehr gewachsen war.

Bilanz der Ohnmacht.

SPD. Der 25. Februar 1931 ist vorüber. Es war ein Tag wie alle anderen, nicht einer von denen, "die die Welt erschüttern". Das aber sollte dieser Tag sein. So hatte es Moskau befohlen: "Internationaler Erwerbslosentag" war die seit vielen Wochen ausgegebene Parole der Kommunistischen Internationale. In allen Ländernder Welt sollten unter bolschewistischer Führung die Millionen von Arbeitslosen auf die Strasse gehen und durch Aktionen mit revolutionärem Charakter den Weltkapitalismus erschüttern und den künftigen Sowjetrepubliken in Deutschland, in Frankreich, in Amerika, in der Tschechoslowakei die Wege ebnen....

Fast dreissig Millionen Erwerbslose weisen die offiziellen Statistiken in der ganzen Welt auf. Wenn die Kommunisten auch nur einen wesentlichen Teil dieser Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu erfassen und an einem vorgeschriebenen Tag zu politischen Aktionen zu führen vermochten, dann könnte in der Tat der 25. Februar ein wichtiges Datum in der Entwicklung der Weltrevolution werden. So hatte es sich Moskau auch vorgestellt und nichts war von dieser Seite unterlassen worden, um die Massen mobil zu machen. Zeitungsartikel, Aufrufe, Handzettel, Versammlungsreden, sogar wiederholte Rundfunksprachen vom Moskauer Sender in allen Weltsprachen sollten die Massen der Verzweifelten reismachen für eine ungeheuerere, weltumspannende, revolutionäre Aktion.

Zieht man aber die Bilanz dieses nun verflrossenen Tages, so ist das eine Bilanz der Ohnmacht, wie sie nicht schlimmer für die Moskauer Revolutionsstrategen gedacht werden kann. Ueberall haben sich die Regierungen nicht nur als die weitaus Stärkeren erwiesen, sondern ihre Polizeimassnahmen haben bewirkt, dass der "Erwerbslosentag" eigentlich fast nirgends in Erscheinung getreten ist. Uebereinstimmend wird aus allen Haupt- und Industriestädten der Welt entweder völlige Ruhe oder nur unbedeutende Kundgebungen einiger Hundert, stellenweise einiger Tausend meist jünglicher Menschen gemeldet. In Deutschland, von dem sich die Drahtzieher im Kreml nach den Reichstagswahlen einbildeten, es befinde sich auf dem Wege zu "Sowjet-Deutschland" ist kaum mehr vorgekommen als an anderen Tagen dieses Winters der wirtschaftlichen Not und der politischen Unruhe. Die paar Zusammenrottungen um die Berliner Arbeitsnachweise, die paar Wurst- und Butterdiebstähle in den Läden kleiner Leute, sie könnten ebensogut an anderen Tagen passieren und sie sind auch oft genug an anderen Tagen vorgekommen, für die die Kommunistische Internationale keine besondere Kampfparole ausgegeben hatte. In Leipzig hat es freilich auch vier Tote und mehrere Schwerverletzte gegeben. Aber solche Blutopfer fordert die bolschewistische "Revolutionsgymnastik" zuweilen auch ohne besonderen, von Moskau vorgeschriebenen Anlass.

Indessen, für die sowjet-russischen Machthaber kommt es heute weniger darauf an, was wirklich passiert, als darauf, wie man es dem Arbeiter in Moskau, Charkow, Stalingrad und Tschita schildert, Tagelang wird jetzt die Sowjetpresse ihren Lesern erzählen, dass am 25. Februar die kapitalistische Welt in allen Erdteilen vor dem Marsch der roten Arbeiterbataillone im Zeichen von Hammer und Sichel erzittert hat und dass revolutionäres Arbeiterblut im heldenhaften Kampf für das Sowjetregime geflossen ist. Die jugendlichen Kommunisten im Reiche Stalins werden es glauben und neuen Mut zum Durchhalten im Hungerkampf für den Fünfjahresplan schöpfen. Das ist die Hauptsache, das ist der ganze Zweck der Übung.

Die diplomatischen Vertreter der USSR. in der Welt könnten natürlich dem Kreml wahrheitsgemäss berichten, dass der "Rote Erwerbslosentag" ein einziges Fiasko gewesen ist, dass Regierungen und Polizei mit Leichtigkeit durch einfache Vorbeugungsmassnahmen jede Kundgebung grösseren Umfangs zu verhindern vermocht haben, dass solche Experimente dem Ansehen der Sowjet-Union in der Welt nur schaden, weil sie lediglich die Einflusslosigkeit und Ohnmacht des

Bolschewismus ausserhalb der Grenzen Russlands enthüllen. Sie werden sich indessen schwer hüten, sich mit der Bekundung der Wahrheit die Finger zu verbrennen. Sie überlassen es lieber den Vertretern der Komintern und der Sowjetpresse, das Blaue vom Himmel herunterzulügen. Und so wird bereits aus Moskau gemeldet, dass man dort einen neuen internationalen "Grosskampftag" für den kommenden Monat in Aussicht genommen hat.

Wir hätten an sich nichts dagegen einzuwenden, dass die Kommunistische Internationale sich so oft und gründlich blamiert, wie wie kann, dass sie ihre Ohnmacht in regelmässigen Abständen vor aller Welt enthüllt. Aber auch für das organisierte, sozialistische Proletariat hat diese Taktik ihre Kehrseite. Denn die Massen, die vorübergehend in ihrer Verzweiflung über die Not der Zeit den Kommunisten Gefolgschaft leisten und dann diese mehr oder minder blutigen und lärmenden Kasperliaden mitmachen, verlieren durch die Wiederholung solcher Demonstrationen der Machtlosigkeit den Glauben an die Arbeiterbewegung überhaupt. Gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften masslos aufgehetzt, in ständige Berührung mit dem Lumpenproletariat gebracht, jener verderblichen Propaganda ausgesetzt, die die Unorganisierten gegen die "Gewerkschaftsbonzen" mobil macht, fallen die Nachläufer der Kommunisten nach solchen Enttäuschungen umso leichter dem Indifferentismus oder dem Faschismus zum Opfer. So erreichen die Bolschewisten mit ihren bombastisch angekündigten, kläglich verlaufenen "Kampftagen" schliesslich nur eine Stärkung des Machtbewusstseins der kapitalistischen Reaktion. Seitdem sie besteht, hat allerdings die kommunistische Bewegung immer nur diese eine Wirkung ausgelöst: die Arbeiterklasse zu schädigen und die Bourgeoisie zu stärken."

SPD. Im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages wurde am Donnerstag mit 11 gegen 8 Stimmen der sozialdemokratische Antrag angenommen, wonach ab 1. März zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch wieder ein Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch jährlich zur zollfreien Einfuhr zugelassen wird. § 12 des Fleischbeschaugesetzes soll für dieses Kontingent aufgehoben werden. In die Durchführungsbestimmungen sollen besondere Sicherungen aufgenommen werden, dass das Gefrierfleisch auf dem Wege vom Importeur zum Verbraucher nicht ungerechtfertigt verteuert wird. Die Durchführungsbestimmungen sollen daher eine planmässige Beaufsichtigung und wirksame Kontrolle der Preisgestaltung sowohl beim Grosshandel als auch im Kleinverkauf enthalten.

Für den sozialdemokratischen Antrag stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatspartei. Zwei Zentrumsabgeordnete enthielten sich der Stimme. Der Antrag Dessauer (Ztr) war damit erledigt. Ergänzend wurde noch beschlossen, dass vor Erlass der Durchführungsbestimmungen der zuständige Reichstagsausschuss gehört werden soll. Ferner sollen bei der Einfuhr des Gefrierfleisches deutsche Schiffe bevorzugt werden.

SPD. Im Steuerausschuss des Reichstags standen am Donnerstag unter Vorsitz des Abg. Dr. Neubauer (Komm) der kommunistische Antrag über die Millionärsteuer und sozialdemokratische Anträge über Zuschläge zur Einkommensteuer zur Beratung. Der Ausschuss beschloss, die Beratung bis zum Dienstag nächster Woche zu vertagen. Gleichzeitig wurde der Wunsch geäussert, dass der Finanzminister zu der Beratung anwesend sein möge.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Rassenschutz.

SPD.Herr Goebbels wollte gemeinsam mit Herrn Hitler eine Fahrt nach Schweden unternehmen, um in einer nationalsozialistischen Versammlung in Stockholm zu reden. Herr Goebbels hat sich daran erinnert, dass er vor einem Jahre eine Osterfahrt nach Schweden unternommen hat, von der er begeistert zurückgekehrt ist. Damals erzählte er in seiner Zeitung von seinen Reiseindrücken das Folgende:

"Die Menschen sind blond und hochgewachsen. Man fühlt sich wie ein Lili-put unter Riesen. Die Frauen schlank und aufgeschossen, und je näher man an Stockholm kommt, desto schöner werden sie. Die Folge eines sorglosen Daseins prägt sich unverkennbar in den Gesichtern der Männer aus. Das fällt umso mehr auf, als sie gross und imponierend von Gestalt sind. Aber es fehlt ihnen die Kraft, die Zucht, die Sammlung. Zuckerwasser nennt man solche Typen in Schweden. Limonade statt Blut. Dagegen sind die Frauen von einer Sicherheit und Grazie des Auftretens, dass man trotzdem keinen Augenblick vergisst, dass man in einem urgermanischen Lande weilt."

Herr Goebbels hat sich vorige Ostern in die Schwedinnen verschossen und sein Rassenminderwertigkeitsgefühl hat sich in solchen Ausführungen Luft gemacht, Neben den reckenhaften urgermanischen Schweden kann Herr Goebbels, der nach dem Zeugnis eines seiner Freunde nicht gerade ein nordischer Typ ist sondern vielmehr der Mittelmeerrasse zuzurechnen ist, nicht konkurrieren. Aber vielleicht hat er geglaubt, dass er eben infolge seiner mediterranen Abstammung keine Limonade in den Adern habe!

Die Schweden haben ihm und Hitler jedenfalls ein rednerisches Auftreten an diesen Ostern in Schweden verboten: Man kann sagen, dass sie es getan haben, weil sie keinen Bedarf an Maulaufreissern haben. Herr Goebbels aber hat zu diesem Verbot noch ein anderes Motiv geliefert: Bei der grossen öffentlichen Schwärmerei des Herrn Goebbels für die schlanken und aufgeschossenen Schwedinnen und die Sicherheit und Grazie ihres Auftretens wollten sich die Schweden von ihm nicht die Rasse verderben lassen.

Fidele Justiz.

SPD.Die Bombenwerfer von Schleswig-Holstein sind zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden. Namentlich der von ihnen besoldete Herbert Volck. Dieser Volck war bekanntlich seinerzeit ins Ausland geflüchtet. Nur durch Zufall gelang es, seiner habhaft zu werden. Die zuständigen Justizbehörden haben ihn zu Weihnachten plötzlich ohne Angabe von Gründen aus der Haft entlassen. Volck ist zwar zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt, ist aber heute infolge der Gönnerhaftigkeit der Justizbehörden ihm und seinesgleichen gegenüber tatsächlich frei. Vor kurzem waren die Behörden ohne jede Kenntnis seines Aufenthaltsorts. Als Lärm geschlagen wurde, wurde nach ihm geforscht. Er wurde schliesslich auf dem Gut eines Freundes im Mecklenburgischen entdeckt.

Das ist eine wahrhaft fidele Justiz! Besser kann sie sich ein zu Zuchthaus Verurteilter nicht wünschen. Man muss wirklich fragen, was diese auffällige Freilassung bezweckt. Es ist ein Wunder, dass Volck, der ja Freunde im Ausland hat und sich auskennt, noch nicht die Flucht über die Grenze ergriffen hat. Hat etwa die sonderbare Haltung der Justizbehörden in ihm so selt-

same Vorstellungen von den politischen Verhältnissen und von der Sicherheit der Rechtsverhältnisse in Deutschland erweckt, dass er der Anschauung ist, dass er in Deutschland vorm Zuchthaus sicherer ist als ausserhalb Deutschlands? Meint er, er brauche nicht zu entfliehen, weil man ja doch nicht wagen werde, die Strafe gegen ihn zu vollstrecken?

Hier ist ein ganz grosser echter Justizskandal sichtbar geworden!

Bald für dies und bald für das.

SPD. Die Bundeszeitschrift des Stahlhelm druckt ein Lied, das der Stahlhelmjugend zum Nachsingen empfohlen wird. In diesem Lied, das Aufschluss über die geistige Verfassung der Stahlhelmanhänger gibt, heisst es:

Unsre Linke auf dem Schwerte, in der Rechten einen Spiess,
Fechten wir, soweit die Erde, bald für das und bald für dies.
Dies und das, Suff und Frass, muss ein Landsknecht haben.

Dass wir Beut und Ruhm gewinnen, ziehn wir mutig in die Schlacht
Einmal müssen wir von hinnen, lustig drum bei Tag und Nacht.
Bei Nacht und Tag, was er mag, muss ein Landsknecht haben.

Bald für das und bald für dies - die Hauptsache bleibt die Beute, der klingende Lohn. Das ist der Gesichtspunkt, unter dem die Stahlhelmer sich betätigen. Feste politische Gesinnung, ein fester Zielpunkt existiert nicht für sie. Sie sind und bleiben Landsknechte, die gegen klingenden Lohn zu haben sind!

Herr Seldte kennt im übrigen seine Leute. Er ist kürzlich in einer Rede in Braunschweig ächselzuckend darüber hinweggegangen, dass die Stahlhelmangehörigen bald deutschnational, bald nationalsozialistisch, bald wieder anders wählen. Er hat in diesem Zusammenhang prophezeit, dass bald wieder ein Zurück-sinken der nationalsozialistischen Welle kommen werde. Es ist klar: wenn die Anhänger des Stahlhelms erst merken, dass es mit den fetten Posten im Dritten Reich nichts ist, werden sie auch anders können. Bald für dies und bald für das und die Hauptsache bleibt ihnen, wie es im Liede heisst - Suff und Frass.

Seeckt lernt Strategie.

SPD. Kapitän Ehrhardt erzählt in seinem letzten E-Brief:

"Kennzeichnend für Seeckt ist ein gesellschaftlicher Vorgang, der sich kürzlich in seiner Wohnung abspielte. Ehe er den aus Rumänien eingewanderten Ostjuden und Literaten Valeriu Marcu den anwesenden Frontoffizieren vorstellte, glaubte er sich mit den Worten entschuldigen zu müssen: "Er ist zwar ein ekelhafter Jude, strategisch aber kann man eine Menge von ihm lernen."

Herzlichen Glückwunsch den Nationalsozialisten, wenn Seeckt eines Tages Parteimitglied wird und seinen Intimus Marcu mitbringt."

Das sind uns nette Berufsgeneräle, die von einem Literaten, der sich aus Konjunkturgründen vom radikalen Sozialisten zum Militaristen bekehrt hat, noch strategisch zu lernen haben! Wenn die Laien es besser verstehen, sind Berufs-offiziere überflüssig!

Aus aller Welt

Besuch bei Abd el Krims Neffen.

Er heisst Muhamed und ist Bauernknecht in einem Dorf an der sächsischen Grenze - Der Koran beim Kreisblatt - Die seltsamen Abenteuer eines Rifkabylen

SPD. Man erinnert sich: Aufstand der Rifkabylen gegen die französische Herrschaft: ein aussichtsloser Kampf altertümlicher Flinten gegen moderne Maschinengewehre, weisser Burnusse gegen Bombenflugzeuge, heissblütiger Leidenschaft gegen eiskalte Strategie. Das freiheitsdurstige Bergvolk mit seinem Führer Abd el Krim wird nach wütendem Guerillakrieg niedergeworfen. Seitdem ist es still geworden um Abd el Krim. Hat er sich in das Unabänderliche gefügt? Schürt er neue Glut unter der Asche?

Ein Zufall weist dem Reporter die Spur zu einem nahen Verwandten und Freund des Kabylenführers. Es ist ein Pferdeknecht in dem provinz=sächsischen Dorfe Starsiedel, nicht weit von Lützen: ein stämmiger brauner Geselle Anfang der Dreissig, mit krausem Wollhaar und winzigem Schnurrbärtchen dicht unter der breiten Nase. Sein Name ist Muhamed ab Islam ben Muhamed, und sein Dienstherr besitzt ein kleines Gehöft.

"Ich - Sohn von Bruder von Abd el Krim", radebrecht er. In Fes geboren, ist er von früh auf der erklärte Liebling seines Onkels, der ihn ganz als Pflegesohn zu sich nimmt, nachdem Muhameds Eltern gestorben sind. Muhamed wird zum Lehrer ausgebildet, bringt vier Jahre lang den kleinen Marokkanern die Künste des Lesens, Schreibens und Rechnens bei.

Bei dieser Beschäftigung überrascht ihn der Aufstand seines Volkes, der Rifkabylen. Muhamed wird Offizier und Sekretär seines Pflegevaters und verwaltet nebenbei die Kriegskasse. Im Hauptquartier Abd el Krims sitzt er in dessen Vorzimmer neben zwei anderen Sekretären. Diese Drei haben die Befehle des Führers in arabisch, französisch und deutsch zu bearbeiten. In deutsch: weil 500 aus der Fremdenlegion geflüchtete Deutsche unter Abd el Krim kämpfen, wie Muhamed berichtet. Was ist aus ihnen geworden? Er weiss es nicht. In einem Gefecht wird er durch einen Schuss ins Bein verwundet und gefangen genommen. In der Hose trägt er eingenäht die Kriegskasse Abd el Krims, ungefähr 6 000 Mark; aber er weiss das Geld vor Entdeckung zu sichern.

Nachdem Muhameds Wunde geheilt ist, transportiert man ihn nach Europa. Im besetzten Gebiet, in Mainz und Wiesbaden, muss er zwei Jahre lang Steine klopfen. Demütig und mit der fatalistischen Resignation seiner Rasse nimmt er alles auf sich - bis seine Kraft erschöpft ist! Eines Abends schleicht er sich aus dem Mainzer Kastell, wo man ihn untergebracht hatte und verschwindet.

Drei Nächte wanderte Muhamed, an den Tagen verbarg er sich. Er kam nach Frankfurt, wo die deutschen Behörden ihn aufnahmen und im Polizeigefängnis schlafen liessen. Geld zum leben hatte er ja noch, eingenäht in der Hose. Dann schob man ihn ab nach Erfurt, von da nach Andisleben, einem kleinen Ort der Umgebung, wo er ein Unterkommen als Knecht bei einem Landwirt fand; es war der Schwäger seines jetzigen Dienstherrn. Eines Tages zog der Landwirt in die Naumburger Gegend und nahm Muhamed mit, der hier weitere vier Jahre diente und arbeitete, bis man ihn als Ausländer aus der Gegend wies. Er fuhr nach Starsiedel, um den Schwager seines bisherigen Herrn um Arbeit zu bitten. Der nahm ihn sofort auf; das war im vergangenen Herbst.

Ob man in dieser mitteldeutschen Bauernstube ohne Muhamed wohl den Namen Abd el Krims, das Schicksal seines Volkes kennen würde? Schwerlich; aber mit dem marokkanischen Freiheitshelden und Pferdeknecht kam ein Stück Weltge-

geschichte von Fes nach Starsiedel. Der Koran liegt neben dem Kartoffelnapf und dem Kreisblatt auf dem Familientisch. Muhamed hat ihn aus seiner Kammer geholt und zeigt ihn uns stolz. Wie dieses Buch hierher kam, das ist ergreifend innig und wunderbar muss die Frömmigkeit dieses Mannes sein, der es mit in den Kampf nahm, der es im Lazarett und Gefängnis, auf der nächtlichen Flucht und bei der täglichen Arbeit bei sich trug, um das Wort seines Propheten stets greifbar bei sich zu fühlen. Man fordert ihn auf, daraus vorzulesen; willig zitiert er eine Sure: die dunklen Leute der fremdländischen Sprache füllen mit ihrem singenden Rhythmus die niedere Bauernstube. Dann erzählt Muhamed von der Heimat und seinem Pflegevater. Abd el Krim ist jetzt 55 Jahre alt. Der mit Frankreich geschlossene Friede verbitet ihm, das Rif zu betreten. Aber der Sohn seiner Schwester lebt unter den Kabylen, bereitet neuen Kampf vor - wer vermöchte zu sagen, wann die Glut wieder zur Flamme emporlodert? Auch Muhamed sehnt sich nach Hause, um mitzukämpfen. Aber seine Rückkehr scheint unmöglich zu sein; er ist, als entflohener Gefangener, vogelfrei: "Wenn mich kriegen, mich sofort machen tot!" So muss er in Deutschland bleiben und arbeiten; auf Umwegen erhält er gelegentlich Nachricht aus der Heimat.

Der Polizeigewaltige von Starsiedel ist auf die Nachricht von unserm Reporterbesuch erschienen, um nötigenfalls amtlich einzugreifen. Es ist nicht erforderlich; aber der Brave erachtet es als seine Pflicht, uns beim Abschied von Starsiedel darauf hinzuweisen, dass hieramts keinerlei einwandfreie Beweise für Muhameds Eigenschaft als Neffe und Pflegesohn Abd el Krims bestünden. Und das ist recht so; Pflicht der Polizei ist es, zu prüfen und zu misstrauen, wo wir anderen es uns leisten können, zu staunen und zu klaben.

Ma.

+ + +

Prozesse der Zeit.

Politischer Bilderbogen aus Moabit. - Alois Broll und sein Entschädigungskomplex. - Der Mann, der Hindenburg besuchte, wird mit 6 Wochen Gefängnis bestraft. - Auch Nazi-Guth abermals verurteilt.

SPD, Vorm Schnellrichter erscheint ein unbeholfener, wenig aggressiv aussehender, offensichtlich notleidender Mensch; es ist der 29jährige Handlungsgehilfe Alois Broll aus Oberschlesien, der vor einigen Tagen im Reichspräsidentenpalais in der Wilhelmstrasse mit einem Revolver in der Hand gefasst wurde. In der Waffe, die entsichert war, fand man eine Patrone. Der Fall erregte grosses Aufsehen, aber Broll wies den Gedanken von sich, dass er etwa ein Attentat auf den Reichspräsidenten beabsichtigt hätte. Er habe sich überhaupt nur im Weg geirrt und eigentlich die Reichsregierung mit seinem Besuche beehren wollen. Die einzige Kugel in der Waffe aber sei bei einem negativen Ausgang seines Bitt- und Verzweiflungsschrittes allein für ihn bestimmt gewesen.

Der "Spion".

Mit stockender Stimme, mühselig und gequält, erzählt Alois Broll seine trübsinnige Lebensgeschichte. Es ist ein Bild der Not und der Sinnlosigkeit, das dürre Worte hier vor den Hörern zeichnen. Seit zehn Jahren und zwar seit jenen Unglückstagen, da er in den Verdacht geriet, Polenspion zu sein, ist Broll arbeitslos. Sechzehn Tage will er unschuldig im Gefängnis gesessen haben und dort mehrfach misshandelt worden sein. Als er mittellos und ohne Stellung wieder auf der Strasse stand, begann er seinen zehnjährigen Kampf um seine Existenz. Er machte Entschädigungsansprüche geltend, die nicht erfüllt wurden. So ging das Jahre hindurch. Immer wieder petitionierte Broll, immer wieder verliefen seine Bemühungen negativ.

Die grosse Sehnsucht.

Am 12. Februar 1931 wurde Brolls "Antrag betreffend Besatzungspersonenschaden" endgültig zu den Akten gelegt. Aber Broll hatte jetzt schon seinen

Komplex. Die glühende Sehnsucht nach einer Entschädigung, einer Rente, kurzum, nach einer Möglichkeit, mit etwas Geld in der Tasche wieder ein neues Leben beginnen zu können, liess ihn, wie er angibt, nach Berlin fahren, um seine Entschädigungsbitte bei der Reichsregierung persönlich vorzutragen. Auf der Strasse habe er, so erzählt Broll, einen Passanten nach dem Weg gefragt -, der Mann schickte ihn in die Wilhelmstrasse. Dann sei er unangefochten und ungestört bis in das Vorzimmer des Reichspräsidenten gelangt, wo ihn der Kriminalassistent angehalten habe. Als er seinen Revolver aus der Aktentasche riss, habe er nur, in einem Verzweiflungsanfall, die Absicht gehabt, sich selbst umzubringen.

Die Revolver Szene.

Nun macht Schnellrichter Rosenthal den Angeklagten darauf aufmerksam, dass er ja die Waffe gezogen habe, als er noch mit dem Beamten verhandelte. Darauf erklärte Broll: "Der Herr erklärte mir auf mündlichem Wege könne man hier nicht verhandeln; ich müsste meine Wünsche schriftlich einreichen. Damit forderte er mich zum Gehen auf. Ich zog nun die Waffe, um dadurch, bis zur Regelung meiner Entschädigungsangelegenheit, ein Obdach im Gefängnis zu haben". Der Kriminalassistent, der Broll festhielt, bekundet, dass der ganze Zwischenfall sich ungewöhnlich schnell abgespielt habe. Als Broll die Pistole zog, sei er sogleich auf ihn zugesprungen und habe ihm die entschicherte Pistole mit einem Polizeigriff aus der Hand gerissen. Der Angeklagte habe sich übrigens ruhig verhalten und keinerlei Drohungen gegen ihn ausgestossen.

Der "Unfug" der Nervenzerrüttung.

Nach dem Sachverständigen, der das Vorliegen des Paragraphen 51 verneint und feststellt, dass bei Broll eine Bewusstseinsstörung ausgeschlossen sei, erhebt sich der Staatsanwalt und beantragt eine Strafe, die auf eventuelle Nachahmer dieses merkwürdigen Bittverfahrens abschreckend wirken solle. Der grobe Unfug, gewaltsam in Amtszimmer einzudringen, habe in der letzten Zeit geradezu erschreckend überhand genommen. Mal dringe jemand im Finanzministerium ein, um seine Wünsche durchzusetzen, - mal werde das gleiche Manöver bei der Reichsbahndirektion oder im Arbeitsministerium versucht. Er beantragte daher wegen Beamtennötigung und unbefugten Waffenbesitzes eine Gefängnisstrafe von elf Wochen. Der Schnellrichter sah jedoch den traurigen Fall des seit zehn Jahren arbeitslosen Broll erheblich milder an und liess das Delikt der Beamtennötigung fallen. Der Mann mit dem Komplex wurde lediglich wegen unbefugten Waffenbesitzes zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Freund des Herrn Franzen.

Am gleichen Tag stieg der Prozess Nummer zwei gegen den Landwirt Guth aus St. Annen-Oesterfeld, den zu zweifelhafter Berühmtheit gelangten Schützling des Naziministers Franzen. Wie bekannt, hat seinerzeit Herr Franzen den bei den Nazikrawallen am Tage der Reichstagseröffnung festgenommenen Hitlerlandwirt Guth der Polizei gegenüber als den preussischen Landtagsabgeordneten Lohse zu legitimieren versucht, dessen Pass Guth zu sehr durchsichtigen Zwecken mit sich herumtrug. Gegen den famosen braunschweigischen Polizeiminister schwel deshalb ein Verfahren wegen Begünstigung, das nach Aufhebung der Immunität Franzens in Berlin durchgeführt werden wird. Guth, der in erster Instanz wegen Führung eines falschen Namens zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt worden war - Staatsanwalt Köhler hatte eine Gefängnisstrafe beantragt - ist zu dem von der Staatsanwaltschaft angestregten Berufungsprozess nicht erschienen. Herr R.A. Sack, sein Verteidiger, erklärt ein wenig malitiös lächelnd, dass Guth, der überaus verschuldet sei, nicht das Geld zur Fahrt nach Berlin zur Verfügung gehabt habe. Das Gericht nimmt die Abwesenheit Guths, der sich in der ersten Instanz als ein etwas traniger, schwerfälliger Mensch ohne jede Initiative erpuppt hatte, nicht weiter tragisch und verhandelt ohne ihn.

Das Lied vom "deutschen Mann".

Der Aufmarsch der Polizeizeugen bestätigt wiederum sowohl die Vergehen des Guth, als auch die eindeutige Begünstigung durch Minister Franzen. Wieder-

um versucht Rechtsanwalt Sack sich an dem Hauptbelastungszeugen, dem Polizeima-
jor Heinrich, zu reiben, der ihn aber in glänzender Weise abfertigt. Staatsanwalt
Köhler beantragt wegen Verletzung des Bannmeilengesetzes eine Gefängnisstrafe
von sechs Wochen. Der Ankläger betont, dass Guth nicht zufällig in den Kreis
der Tumultuanten geraten sei, sondern sich ganz bewusst unter die Menge am
Potsdamerplatz begeben habe. Er habe sich also auch des Auflaufs schuldig ge-
macht. Es sei unbedingt notwendig, die Polizeibeamten vor Gewalttätigkeiten
verhetzter Menschen zu schützen-, eine eindringliche Strafe wäre daher auf
jeden Fall angebracht. Die Aussagen der Polizeizeugen seien so klar und lo-
gisch, dass jeder Zweifel an ihnen in sich selbst zusammen falle. Worauf sich
Herr Sack erhob und in "launigen" Formulierungen den "deutschen Mann" Guth
feierte, bei dem es allerdings "nicht ganz bis zur Durchschnittsintelligenz
gelangt" habe. Wohl auch wegen dieser von ihm selbst festgestellten geistigen
Minderwertigkeit des Nazi Guth beantragte er die Verwerfung der staatsanwalt-
lichen Berufung. Das Gericht musste zwar den Angeklagten wegen Auflaufs ver-
urteilen, diktierte ihm jedoch nur die wirklich lächerliche Strafe von 150 ₳ zu.

Man muss schon sagen, dass der Berlin=Moabiter Tarif für nationalsoziali-
stische Gesetzesbrecher beinahe so billig ist, wie der von Kassel und Naumburg.
Der Preisabbau der Justiz marschiert. Wenigstens nach rechts hin.

Kuka.

+ + +
Autobuskatastrophe. Bei der Eröffnungsfahrt der neu eröffneten Autobus-
linie Prerow-Wieck an der vorpommerschen Ostseeküste stürzte der Wagen auf eine
schlechten Waldstrasse um. Fünf Reisende wurden verletzt.

+ + +
Verhaftete Muttermörderin. In Oberursel (Taunus) wurde die 26jährige Toch-
ter der Landwirtswitwe Johanna Traut unter dem Verdacht verhaftet, ihre Mutter
in der Nacht zum vergangenen Sonntag ermordet zu haben. Die Verhaftete, die den
Mord selbst in Abrede stellt, aber durch viele Verdachtsmomente überführt zu
sein scheint, hat die Tat mit grosser Rohheit begangen. Motiv des Mordes war
offenbar die Aussicht, Alleinerbin des beträchtlichen Vermögens der Mutter zu
werden.

+ + +
Schweden verschneit. Mittel- und Nordschweden wurden von schweren Schnee-
fällen heimgesucht. Der Zugverkehr zwischen Stockholm und den westlichen Pro-
vinzen war am Donnerstag stark behindert. Ebenso sind die Fernsprekverbindun-
gen mit Värmland und Oslo in Mitleidenschaft gezogen worden.

+ + +
Zwei Frauen verbrannt. Bei einem Wohnungsbrand in einem Osloer Vorort ka-
men zwei Frauen ums Leben. Es wird vermutet, dass das Feuer durch das Umfallen
einer Petroleumlampe entstanden ist.

+ + +
Bolivien überschwemmt. Die im Norden Boliviens gelegene Amazonas-Ebene
ist vollkommen überflutet. Auch die Provinzhauptstadt Madre de Dios wird von
der Überschwemmung heimgesucht. Riesige Scharen wilder Tiere, insbesondere
Jaguare und Panther, sind den Urwäldern entflohen und ins bewohnte Gebiet gezo-
gen. Teils durch die Tiere, teils durch die Flut kamen viele Menschen ums Leben.
Die Stadt Riveralta scheint vollkommen weggeschwemmt zu sein.

+ + +
Neuer Automobilweltrekord? Der bekannte Autorennfahrer Peter de Paolo aus
Texas will den von Major Campbell aufgestellten Schnelligkeitsweltrekord für
Automobile überbieten. Er beabsichtigt, sich einen Wagen bauen zu lassen, der
eine Geschwindigkeit von 450 Kilometern und mehr in der Stunde erreichen kann.
Das 2600 PS starke Auto soll 750 000 Dollar kosten.

+ + +

Skelettfund im Gemüsegarten. Ein pensionierter Artillerieoffizier aus Caen (Frankreich) stiess beim Graben in seinem Gemüsegarten auf ein menschliches Skelett. Aerztliche Untersuchungen stellten fest dass es sich um die Ueberreste einer ungefähr 50jährigen Frau handelt, die hier vor etwa 30 Jahren verscharrt wurde. Anscheinend liegt ein Verbrechen vor, das jetzt noch seine Aufklärung finden soll.

+ + +
Das Geheimnis einer Goldmine. Im Zululande in Südafrika erregt das Geheimnis einer verborgenen Goldmine die Gemüter. Alle Welt stochert und gräbt bei Tschakas im Boden herum, um Gold zu finden. Das Gerücht wird genährt durch Funde, die man bei wissenschaftlichen Grabungen machte, in deren Verlauf man auf alte Minenabbaustätten und Zinnober enthaltende, roh verfertigte Schmelztiegel eines den Zulus unbekanntem Typs stiess. Obwohl es sich um Funde von sehr hohem Alter handelt, die in eine Zeit zurückreichen, die vor der Einwanderung der Zulus liegt, lebt bei den Zulus selbst die Sage von einem mächtigen Goldschatz weiter. Die Regierung hat sich entschlossen, den ganzen Distrikt bergbauamtlich untersuchen zu lassen.

+ + +
Flammentod einer Bauernfamilie. In dem Dorfe Mihai Viteazu in Rumänien brach während der Nacht Feuer im Wohnhaus eines Bauern aus. Die Nachbarn merkten erst den Brand, als das Haus in hellen Flammen stand. Aus dem einstürzenden Gebäude konnte nur der Bauer und seine Frau mit schweren Brandwunden gerettet werden, seine drei kleinen Kinder verbrannten. Auch die Eltern sind tags darauf ihren furchtbaren Verletzungen erlegen.

+ + +
Ehetragödie eines Greisenpaares. Die Eheleute Fleurance in Pouraux (Mittelfrankreich), die seit 57 Jahren verheiratet waren, lebten seit Jahren in Unfrieden, obwohl der Mann 71 Jahre und die Frau 73 Jahre alt war. Der Mann, ein Trinker, hatte über den Kopf seiner Frau hinweg beschlossen, sein Haus zu verkaufen. Die Frau kaufte sich einen Revolver und erschoss sich und ihren Mann. In einem Brief an ihre Kinder bat die Frau nachträglich um Verzeihung.

+ + +
Giftschlange im Schlafzimmer. In Tsumeb (Südwestafrika) wurde die Familie eines deutschen Farmers von einem schweren Schicksalsschlag betroffen. Erst im vorigen Jahre hatte der Farmer dadurch ein Kind verloren, dass es sich im dichten Busch verirrt hatte. Jetzt ist das 3½jährige Töchterchen der Familie das Opfer eines Schlangensbisses geworden. Die Frau des Farmers war spät abends am Unglückstage aus Swakopmund, wo sie eine schwere Krankheit überstanden hatte, auf die 20 km entfernte Farm zurückgekehrt und hatte sich gleich zur Ruhe gelegt, während ihr Mann noch zu arbeiten hatte. Um Mitternacht hörte der Farmer plötzlich sein schlafendes Töchterchen laut aufschreien. Das Kind zeigte, als der Vater hinzueilte, auf zwei Bistellen zu beiden Seiten der Gurgel, die offenbar von einer Schlange herrührten. Während er noch um das Kind bemüht war, schrie plötzlich auch seine Frau: "Ich bin gebissen". Der Farmer sah noch, wie sich das Reptil nach der Zimmerecke bewegte, wo sich ein altes Mausloch befand. Er schoss mit seinem Schrotgewehr in das Loch, aus dem später von den Eingeborenen eine 1½ Meter lange tote graue Mamba hervorgezogen wurde. Mutter und Tochter wurden noch in derselben Nacht nach Otavi geschafft. Zufällig befand sich dort eine Aerztin, die die Ueberführung der Frau und des Kindes nach Tsumeb veranlasste. Das Kind starb bereits während des Transportes, während die Farmersfrau durch Serumeinspritzungen mit knapper Not gerettet werden konnte.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Die Gewerkschaften beim Reichspräsidenten.

SPD. Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des AfA-Bundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände sind unter der Führung von Theodor Leipart am 26. Februar beim Reichspräsidenten vorgestellt worden, um ihm in einer Aussprache die ernstesten Besorgnisse der Gewerkschaften über die Lage der deutschen Arbeitnehmerschaft und die Not der Erwerbslosen vorzutragen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen haben ihre Auffassung über die Lage der Wirtschaft und ihre Forderungen zur Linderung der Not der Arbeiter und Angestellten, der arbeitenden wie der erwerbslosen, in einer gemeinsamen schriftlichen Willenskundgebung zusammengefasst und zur Kenntnis des Reichspräsidenten gebracht. Die Kundgebung lautet:

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten möchten die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die überaus bedrückte Lage der deutschen Arbeitnehmer richten. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage anderer Berufsschichten bleibt doch unbestreitbar, dass Not und Elend nirgends so gross sind wie bei den fünf Millionen Erwerbslosen und deren Familien. Aber auch die Lebenshaltung der Arbeitenden ist so stark eingeschränkt, dass Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille, Gesundheit und Wirtschaft des deutschen Volkes darunter aufs schwerste leiden.

Unsere grösste Sorge ist die um das Schicksal der unfreiwillig Arbeitslosen. Vornehmste Gegenwartsaufgabe ist die Wiedereinführung dieser Millionen in den Produktionsprozess. Die bisherigen Massnahmen haben sich als unzulänglich erwiesen; einige davon, in erster Linie die vielfach schematisch durchgeführte Lohnsenkung als schädlich. Nicht zuletzt in Auswirkung der die Kaufkraft verringernden Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern und amtlicherseits getriebenen Lohnsenkungspolitik ist eine der ersten Voraussetzungen zur Gesundung der Wirtschaft und zur Beruhigung der deutschen Arbeitnehmer. Wir anerkennen, dass die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und der Arbeitnehmer auch durch Ereignisse herbeigeführt worden ist, die zu beseitigen ausserhalb der für Deutschland gegebenen Möglichkeiten liegt. Um so mehr ist notwendig, dass innerhalb der uns gezogenen Grenzen mit äusserster Energie an der Beseitigung aller Störungen der Wirtschaft gearbeitet wird. Das ist unserer Auffassung nach noch nicht im erforderlichen Ausmasse geschehen.

Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, vollzieht er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter. Auf weiten Gebieten ist ein Zurückgehen der Preise noch kaum sichtbar. Hier liegen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbelebung. Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand wird gehemmt durch Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beteiligten Verwaltungen, die sich praktisch als Erschwerung der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung auswirken und deshalb beseitigt werden müssen. Die Erhöhung des Inlandsverbrauchs als eines der bedeutendsten Mittel zur Steigerung des Beschäftigungsgrades bedingt auch nach unserer Meinung eine kaufkräftige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenzen zu bleiben hat, die von der Rücksicht auf unseren industriellen Export und auf die Lebenshaltung der breiten Massen

schreckend hohe Ziffer arbeitsloser deutscher Landarbeiter. Die Entwicklung der Verhältnisse am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt seit dem Jahre 1928 war geradezu katastrophal. Es wurden arbeitslose Landarbeiter gezählt im Dezember 1928: männlich 66 753, weiblich 56 161, zusammen 122 914; im Dezember 1929: männlich 84 442, weiblich 66 539, zusammen 150 981; im Dezember 1930: männlich 124 329, weiblich 71 308, zusammen 195 637. Danach lag die Zahl der im Dezember 1930 festgestellten arbeitslosen Landarbeiter um rund 73 000 über der Zahl der vom Dezember 1928. In den Sommerperioden war die Entwicklung nicht anders. So wurden arbeitslose Landarbeiter gezählt im Juli 1928: männlich 17 424, weiblich 2 638, zusammen 20 062; im Juli 1929: männlich 21 255, weiblich 4 071, zusammen 25 326; im Juli 1930: männlich 47 592, weiblich 7 536, zusammen 55 128. Hier betrug das Mehr gegenüber der im Juli 1928 festgestellten Zahl rund 35 000. Selbst in Mitteldeutschland, d.h. in einem Gebiet mit ausgedehntem Zuckerrübenbau, standen im Juli 1930 bei den Arbeitsämtern nicht weniger als 4 818 männliche und 579 weibliche Arbeitskräfte zur Verfügung. Das sind Zahlen, die zu denken geben. Sie beweisen, dass es an deutschen Landarbeitern durchaus nicht mangelt.

Ein zweiter Weg zur Beschaffung des notwendigen Ersatzes für den Ausfall an fremder Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt der Landwirtschaft liegt in der Zurückführung der Arbeitskräfte, die vom Land in die Stadt abgewandert und heute dort arbeitslos sind. Ein Teil dieser Arbeitskräfte muss unbedingt allmählich wieder auf das Land und damit zur Landarbeit zurückkehren. Der Einwand, dass der Zuckerrübenbau unbedingt Schnitter-Kolonnen brauche, ist nicht stichhaltig. Es gibt z.B. in Mitteldeutschland eine ganze Menge zuckerrübenbauende Betriebe, die keine Schnitterkolonnen beschäftigen.

Der Forderung, durch Umschulungsmassnahmen neue Landarbeiter zu schaffen, stehen starke Bedenken entgegen. Das Hauptbedenken liegt darin, dass für die Umschulung dem landwirtschaftlichen Arbeitgeber ein Lohnzuschuss gewährt werden soll. Das lässt befürchten, dass sich viele landwirtschaftliche Arbeitgeber um die nicht vollwertigen und scheinbar billigeren Arbeitskräfte reisen und die vollwertigen, in der Landarbeit grossgewordenen, Arbeitskräfte, für die kein Lohnzuschuss bezahlt wird, entlassen. Die Folge wäre eine neue Belastung des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes.

SPD. In den Betrieben des Margarinekonzerns am Niederrhein Jürgens & Prinzen G.m.b.H., Oelwerke A.G. Goch, Van den Berghs, Margarinegesellschaft m.b.H. Cleve und Holstein-Oelwerke G.m.b.H. in Spyk haben die Verhandlungen zur Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung zu positiven Resultaten geführt. Es sind Vereinbarungen zustande gekommen, wonach die Stundenlohnarbeiter pro Woche 40 Stunden und die Prämienarbeiter in den Oelmühlen in vier geteilter, kontinuierlicher Schicht zu je 6 Stunden arbeiten. Durch diese Massnahmen wurden die geplanten Entlassungen vermieden und Neueinstellungen ermöglicht.

SPD. Der für die niederrheinische Textilindustrie Kempen und Umgebung gefällte Schiedsspruch, der einen Lohnabbau von 6% vorsieht, ist vom Schlichter für das Rheinland für verbindlich erklärt worden. Die Forderungen auf Verbindlichkeitserklärung hatten die Arbeitgeber gestellt.

Der für die badische Textilindustrie gefällte Schiedsspruch, der eine Lohnkürzung um 5% und einen gestaffelten Abbau der Albtalzulage vorsieht, wurde von den Gewerkschaften abgelehnt.



Um den Zollwaffenstillstand.

SPD. Die Regierung hat nun endlich dem Reichstag die im März vorigen Jahres abgeschlossene internationale Handelskonvention über den sogenannten Zollwaffenstillstand zur Beschlussfassung vorgelegt.

Im Mär. vorigen Jahres war in Genf unter massgeblicher Mitwirkung des damaligen Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt ein internationales Abkommen erzielt worden, das eine Stabilisierung der Handelsverträge und der handelsvertraglichen Bindungen aller Konventionsstaaten vorsah. Die Vereinbarung enthielt ferner die Bestimmung, dass den Vertragsstaaten über Veränderungen der autonomen Zollsätze vorher Mitteilung gemacht werden müsse und auch auf Wunsch einzelner durch die Zollmassnahmen betroffenen Länder Verhandlungen vor Inkraftsetzung von Zollerhöhungen aufgenommen werden müssten. Die Länder ohne tarifmässige Zollbindungen in Handelsverträgen verpflichteten sich, ihre bestehenden Zölle nicht zu erhöhen und keine neuen Schutzzölle einzuführen. Dieses Abkommen sollte einem weiteren Zollaufrüsten der europäischen Länder vorbeugen und die Austauschbeziehungen der europäischen Länder durch Stabilisierung der Handelsverträge auf gesicherte Grundlagen stellen.

Dieser Zollfriede und Zollwaffenstillstand hat aber bisher ein trauriges Schicksal gehabt. Die internationale Konvention sollte von den beteiligten 26 Staaten bis zum 1. November 1930 ratifiziert und dann in einer zweiten Konferenz, die Mitte November 1930 stattfinden sollte, in Kraft gesetzt werden. Bis zu dem festgesetzten Ratifikationszeitpunkt sind jedoch nur 9 Länder beigetreten und zwar England, die drei Nordstaaten, Finnland, Lettland, Belgien, Italien und die Schweiz. Es fehlen aber bisher die entscheidenden Ratifikationen seitens Frankreichs und Deutschlands. Vom französischen Parlament ist in der Zwischenzeit die Zustimmung erteilt worden; nunmehr soll auch endlich die Entscheidung durch Deutschland erfolgen. Das Inkrafttreten der Konvention liegt im allerstärksten Interesse Deutschlands, das für seinen industriellen Export unbedingt auf stabilisierte Handelsbeziehungen zum Ausland angewiesen ist. Die deutsche Arbeiterschaft und mit ihr die gesamte europäische Arbeiterschaft ist gleichfalls aufs stärkste an einer stabilen Gestaltung der intereuropäischen Handelsbeziehungen interessiert, da jedes weitere Zollaufrüsten zur Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beitragen muss. Aus diesem Grunde hat auch die gemeinsame Kommission der sozialistischen Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die sich mit den Fragen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschäftigte, es der Arbeiterbewegung aller Länder zur Pflicht gemacht, auf ihre Regierungen den stärkstmöglichen Druck auszuüben, um ihren sofortigen Beitritt zu der Konvention über den Zollwaffenstillstand zu erlangen und um alle Regierungen zu bewegen, in die von der britischen Arbeiterregierung vorgeschlagenen Verhandlungen über Konventionen, durch die die Zollsätze für verschiedene Warengruppen international ermässigt werden sollen, einzutreten.

Im Laufe des letzten Jahres hat sich leider mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise auch der Protektionismus in zahlreichen Ländern weiter verstärkt. Gerade um ein weiteres Anschwellen dieser neuen Welle zu verhindern, ist es im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und im wohlverstandenen Interesse der

gesamten europäischen Wirtschaft dringend erforderlich, dass nunmehr endlich durch Inkraftsetzen der Konvention einem weiteren schädlichen Zollaufkräften der Riegel vorgeschoben wird. Es ist zu bedauern, dass die Regierung Brüning ihre Zustimmung so lange hinausgezögert hat. Es genügt aber nicht, dass dieses Abkommen vom Reichstag verabschiedet und von der Regierung ratifiziert wird. Die Regierung muss vielmehr auch schon jetzt die Zoll- und Handelspolitik im Geiste dieses Abkommens halten. Es scheint uns unmöglich, auf der einen Seite einen Vertrag auf Stabilisierung der Handelsbeziehungen und Zollwaffenstillstand zuzustimmen, und auf der anderen Seite durch übergrosse Nachgiebigkeit gegenüber den masslosen Forderungen der Agrarier Zollerhöhungen und Abänderungen der Handelsverträge vorzubereiten.

SPD. Die Berliner Produktenbörse zeigte in den letzten Tagen ein sprunghaftes Emporschnellen der Weizenpreise, das Folge der zunehmenden Weizenverknappung ist. Der Bedarf der Mühlen nach inländischem Weizen ist geradezu dringend geworden. Dagegen hält die Landwirtschaft, soweit sie noch im Besitz von Weizen ist, augenscheinlich mit der Ware zurück. Teilweise ist der Roggenpreis durch den Weizenpreis mit nach oben gerissen worden. Die Bewegung der Preise geht aus folgender Aufstellung hervor:

	Anfang Januar,	Anfang Februar.	25. Februar.	26. Februar.
	(für eine Tonne ab märkische Station in Mark)			
Weizen am Locomarkt	250-254	266 - 269	277-286	289-291
Terminweizen für März	277 - 279	281 - 282	294-298	302
Roggen	150-158	156- 158	162 - 164	166

Selbstverständlich versuchen auch die Mühlen höhere Mehlpreise durchzusetzen. Die Erhöhungen haben am Donnerstag bis 75 Pfennige betragen. Diese Entwicklung muss natürlich die ganze Preissenkungsaktion für Mehl und Mehlprodukte, wie sie in den letzten Monaten durchgeführt werden konnte, über den Haufen werfen. Massnahmen dagegen, dass der deutsche Weizen Seltenheitswert bekommt, sind dringend erforderlich. So muss der Vermahlungszwang geändert werden. Dazu hat eine Ermässigung des Weizenzolls zu treten. Der Augenblick, wo der im Gesetz festgelegte Verbraucherschutz Tatsache werden muss, ist jetzt gekommen.

Der gegenwärtig geltende Weizenzoll, der rund doppelt so hoch ist wie der Preis für ausländischen Weizen ohne Zoll, ist an einen Richtpreis von 260 Mark pro Tonne geknüpft. Der Weizenpreis (Lokopreis) steht aber schon auf 290 Mark. Nach dem Gesetz braucht die Regierung den Weizenzoll jetzt noch nicht zu erniedrigen, denn der Preis von 260 Mark pro Tonne ist als gewogener Durchschnitt für das ganze Jahr gemeint.

Nun haben allerdings viele Landwirte ihren Weizen zu den niedrigen Preisen in der ersten Hälfte des Getreidejahres entwickelt. Diesen Landwirten kann es gleichgültig sein, ob der Weizenzoll jetzt herabgesetzt wird oder nicht. Diejenigen Landwirte, die noch über Weizen verfügen, sind aber die kapitalkräftigsten und in der Lage, einen Notstand auszunutzen, der die Ernährung der Massen bedroht und verteuert. Die Einschaltung des Verbraucherschutzes in das Gesetz darf kein Rechenexempel sein. Man muss den im Gesetz verankerten Verbraucherschutz dem Sinne nach auslegen und das bedingt eine Heruntersetzung des Getreidezolles um zu verhüten, dass aus der Entwicklung am Weizenmarkt eine bedenkliche allgemeine Verteuerung entsteht.

SPD. Die Entwicklung der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenene Genossenschaften im letzten Vierteljahr 1930 zeigt deutlich die Einwirkung der schweren Wirtschaftskrise. Werden diese Einwirkungen berücksichtigt, so muss man den Verlauf des letzten Quartals des verflossenen Jahres immer noch als befriedigend bezeichnen. Nach der Veröffentlichung des Zentralverbandes ergibt sich für die Hauptposten folgendes:

	<u>4.Vierteljahr</u> 1929	<u>4.Vierteljahr</u> 1929	<u>3.Viertelj.</u> 1930	<u>4.Viertelj.</u> 1930
Mitglieder	3 122 912	2 909 624	2 917 735	2 964 802
Umsatz in Millionen Mark	235	338	292	313
Durchschnittsumsatz je Mitglied in Mark	75,30	116,10	100,20	105,50
Umsatz der GEG in Millionen Mark	91,9	146,1	133,7	130
GEG-Umsatz im Verhältnis zum konsumgenossenschaftlichen Umsatz	39,10%	43,26 %	45,76%	41,57%
Umsatz der GEG-Betriebe in Millionen Mark	13,1	36	36,1	38,5
Umsatz der GEG-Betriebe zum konsumgenossenschaftlichen Umsatz	5,58	10,67	12,37	12,32
Spareinlagen	137,2	137,7	412,9	404

Die Verringerung der Mitgliederzahl, die im ersten Vierteljahr 1930 rund 2 970 000 ausmachte, erklärt sich durch die Streichung von Nichtkäufern, der sogenannten Papiersoldaten. Der Umsatzrückgang bezeugt, wie stark die Krise gerade die genossenschaftliche Verbraucherschaft getroffen hat. In diesem Zusammenhang erklärt sich auch der Rückgang der Spareinlagen. Die konsumgenossenschaftlichen Giro- und Sparbankeinnahmen bei der Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine sind ebenfalls gesunken und zwar von 163 Millionen Mark Ende September 1930 auf 145,8 Millionen Mark Ende Dezember 1930. Der Rückgang erklärt sich durch die Ausschüttung der konsumgenossenschaftlichen Rückvergütung in Höhe von mehr als 56 Millionen Mark. Die Lieferantenschulden sind von 51,8 Millionen Ende September 1930 auf 56,2 Millionen Ende Dezember 1930 gestiegen. Sie lagen aber Ende des Jahres 1930 um 6,4 Millionen unter dem Stand des Vorjahres. Diese Verringerung der Lieferantenschulden ist eine Folge der durch den Umsatzrückgang und durch den Preisdruck bedingten Einschränkung der Betriebsbestände. Die Geschäftsguthaben einschliesslich Aufwertung werden für Ende Dezember 1930 mit 64,081 Millionen angegeben gegenüber 62,57 Millionen Ende September 1930.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelang, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 27. Februar bis 5. März: für A=Milch 18,4, für B=Milch 11,9, für tiefgekühlte Milch 18,9, für molkerei-mässig bearbeitete Milch 20,15 Pfennige. Die A-Milchmenge ist für diese Zeit auf 90 % des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt.

Verschärfte Hausse.

(Berliner Getreidebörse vom 26. Februar)

SPD. Die Haussebewegung an der Berliner Produktenbörse fand am Donnerstag in verschärftem Tempo ihre Fortsetzung. Im Handel mit effektiver Ware fehlte es fast völlig an Angebot. Die Mühlen zeigten weiter gute Nachfrage. Teilweise machte sich auch Deckungsbedürfnis des Handels namentlich nach Roggen bemerkbar, sodass die Preise für beide Brotgetreidearten um 4 Mark und darüber anziehen konnten. Kurssteigerungen etwa des gleichen Umfanges waren auch am Markte der Zeitgeschäfte zu verzeichnen, wo Weizen für alle Sichten jetzt über 300 Mark notiert wird. Für Mehl haben die Mühlen ihre Forderungen gleichfalls um 50 - 75 Pfennig erhöht; jedoch halten sich die Käufer sehr zurück. Auch Hafer hatte festere Tendenz:

	25. Febr.	26. Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	284 - 286	289 - 291
Roggen	162 - 164	166 - 168
Braugerste	206 - 215	210 - 218
Futter- und Industrieroggen	190 - 206	192 - 210
Hafer	145 - 150	150 - 155
Weizenmehl	33,50 - 40,00	34,00 - 40,50
Roggenmehl	24,10 - 26,85	24,60 - 27,25
Weizenkleie	11,25 - 11,50	11,50 - 11,75
Roggenkleie	10,00 - 10,50	10,20 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 302 (298½) Mai 309 bis 307½ (305), Juli 310½ - 308 (306) Roggen März 188-187 (184), Mai 196-193 (192) Juli 197½ (193) Hafer März 163½ (160½) Mai 173 (171) Juli 180½ (177½).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-
eier, vollfrische, gestempelte, über 65 Gramm 12½, 60 g 11¼, 53 g 10¼, 48 g 9¼,
aussortierte kleine und Schmutzeier 7-8. Auslandseier: Holländer 68 g 12¾,
60-62 g 11¾, 57-58 g 10½-11, Italiener usw. 57-58 g 9¼-10, Rumänen, Ungarn und
Jugoslawen 3¼-8¼, kleine, Mittel-, Schmutzeier 6½-7½. In- und ausländische Kühl-
hauseier: Chinesen und ähnliche 5¼-8¾. Witterung: Regen, Tendenz: behauptet.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei ab
märkischen Stationen: Weisse 1,20-1,40, Rote 1,30-1,50, Odenwälder Blaue 1,30
bis 1,50, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,70-1,90 Mark. Fabrikkar-
toffeln 6½ Pfennige je Stärkeprozent.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom
26. Febr.: I. 142 Mark, II. 134 Mark, III. 120 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 16

Berlin, den 26. Februar 1931

Die Frau in der japanischen Familie.^x

SPD. Trotz aller gesellschaftlichen Wandlungen der letzten Zeit bleibt das Fundament des sozialen Lebens im Orient vorläufig immer noch die Familie. Sie hält nach wie vor allen Einflüssen von aussen her stand, und selbst in den Ländern, die seit langem mit der Zivilisation des Westens in Berührung stehen, hat sich an der geheiligten Tradition der Sippe im Wesen nichts geändert. Zwar gilt nach weltlichem wie nach religiösem Rechte die Stellung des Mannes gegenüber der Frau als absolut, aber im Hause selbst findet sie ihr Gegengewicht in der Autorität der Mutter über die Kinder. Auch jedes weibliche Wesen, das als Gattin eines der Söhne in die gegen die Aussenwelt streng abgeschlossene Gemeinschaft kommt, ist mit dem Betreten des schwiegerelterlichen Hauses auf Gnade und Ungnade der Schwiegermutter ausgeliefert. Diesem Gebote fügt sich auch der Orientale mit fortgeschrittener westlicher Zivilisation, und nach dem Gebote der unbedingten Gehorsamspflicht gegen Vater und Mutter würde er es nie wagen, gegen die Behandlung seiner Gattin, auch wenn sie noch so sehr seinem Empfinden widerspricht, zu opponieren.

Die Gefahr von Reibungen war nicht gross, solange die Erziehung der orientalischen Frau vollkommen auf dem Grundsatz aufgebaut war, dass die bedingungslose Unterwerfung unter die Herrschaft der Hausvorsteherin eine gottgegebene Institution darstellt. Mit dem Vormarsch der europäischen Bildung ist auch hier eine grundlegende Aenderung der Zustände eingetreten. Auch in der östlichen Welt beginnt nun die Tragödie der Generationen, die sich für das jüngere Geschlecht um so folgenschwerer auswirkt, weil für die junge Frau, die sich als Mädchen oft sogar einer amerikanischen College-Freiheit erfreuen durfte, diese Vergangenheit durch die Ehe mit einem Schlage ausgelöscht wird. Mit dem Tage der Heirat ist es mit ihrer Individualität zu Ende. Sie muss im Hause der Schwiegereltern sitzen und hat nicht einmal Verkehr mit den weiblichen Gefährten ihrer Mädchenzeit. Jeder Schritt in die Oeffentlichkeit geschieht in Begleitung der Mutter des Mannes. Selbst ans Telefon wird die junge Frau erst geholt, wenn die oder der Arrufende ein Examen auf Herz und Nieren bestanden hat. Von einem Selbstbestimmungsrecht in Fragen der Wirtschaftsführung oder der Kindererziehung ist ebenso wenig die Rede wie vor Jahrhunderten.

Eine allmähliche Wandlung dieser vorsintflutlichen Zustände lässt sich bisher einzig und allein in Japan feststellen. Auch hier ist die Entscheidung noch lange nicht endgültig zugunsten der Frau gefallen, aber in der letzten Zeit hat wenigstens ein Wandel im Rechtsbewusstsein stattgefunden, das den Unterdrückten im Falle einer Trennung der Ehe ein Minimum an materieller Sicherung garantiert. Als Folge davon macht sich eine Massenflucht japanischer Ehefrauen vor die Gerichtshöfe bemerkbar, deren Eheglück durch die Allgewalt der Schwiegermutter in die Brüche gegangen ist. Mehr als die Hälfte der Scheidungsprozesse, die im letzten Jahre vor Tokioter Gerichten zur Verhandlung gelangt sind, hatten Differenzen zwischen der Mutter des Ehegatten und der Schwiegertochter zum Anlass. Wie die Verhandlungen ergaben, bestanden bei diesen Ehen alle Voraussetzungen für ein glückliches und harmonisches Zusammenleben, und sie sind lediglich an der Klippe der noch tief im japanischen Volksbewusstsein verwurzelten Tradition gescheitert. Jeder Versuch zur Lösung einer solchen Verbindung hat bisher mit einer schweren wirtschaftlichen Schädigung

für den weiblichen Teil geendet, da das japanische Gesetz noch nicht den Begriff der Unterhaltspflicht des Mannes gegenüber der ohne ihr Verschulden geschiedenen Frau kennt.

In zwei Fällen hat ein japanischer Gerichtshof kürzlich Entscheidungen gefällt, die in ganz Japan grosses Aufsehen erregt haben, weil sie sich prinzipiell auf die Seite der Frau stellen und ankündigen, dass die gesetzgeberische Reform des Problems auf dem Marsche ist. Der Gerichtshof hat den Klägerinnen eine Vergütung für die aus der Nichterfüllung des Ehekontraktes erwachsenen Schäden zugebilligt. Der Vorsitzende der Kammer, Hosoya, der als einer der klügsten und fortschrittlichsten Juristen des Landes gilt, hat in seiner Urteilsbegründung das Todesurteil über die Tyrannis der Schwiegermütter in Japan gesprochen. Die Schlussworte seiner Urteilsbegründung sind als Dokument für die Entwicklung eines folgenschweren sozialen Prozesses und für den Umschwung der bisher geltenden Lebensanschauungen eines östlichen Volkes, das den Weg zu seiner Europäisierung bis zur letzten Konsequenz geht, so charakteristisch, dass sich ihre Widrigkeit der Mühe verlohnt. Hosoya definiert das Problem in seiner heutigen Form folgendermassen: "Junge Frauen, die von ihren lebenerfahrenen Schwiegermüttern herzlos behandelt, wegen jeder Kleinigkeit kritisiert, verspottet und häufig sogar körperlich misshandelt werden, begehen häufig Handlungen gegen die Mutter ihres Mannes, die von blindlings gehorchenden Söhnen missverstanden werden. In Fällen solcher Art wäre es ungerecht, die Verantwortung für die Auflösung der Ehe der Schwiegertochter zuzuschieben und ihr die Last für ihr respektloses Verhalten und für eine Rebellion aufzubürden. Die gesamte Wucht des Tadels fällt auf die Schwiegermutter".

Mit der Entthronung der Schwiegermutter beginnt wieder ein Grundpfeiler der alten orientalischen Gesellschaft ins Wanken zu geraten, und es bereitet sich eine neue Phase in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Mann und Frau mit weittragenden sozialen und ökonomischen Konsequenzen im Orient vor.

Der einzige Ausweg.^x

SPD. Von der nahen Schule her schlug es sieben Uhr. Die Gasflammen zuckten gelblich in den gläsernen Ampeln. Der Wind jagte in kurzen, kalten Stössen um die Häuser und trieb Schnee- und Hagelschauer vor sich her. Die Häuser standen wie eine dunkle Zeile an beiden Seiten der Strasse. Schwacher Lichtschimmer drang durch die Spalten der herabgelassenen Jalousien. Nur das mit einer roten Gardine verhängte Fenster einer Kneipe leuchtete wie ein trübes Zyklopenauge aus der schwarzen Fläche. Die rote Laterne über dem Eingang schwankte schwerfällig hin und her. Manchmal kam jemand die Strasse entlang und öffnete die Tür. Eine Wolke von Tabaksdunst und Wärme drang dann heraus. Man hörte die lärmende, rasselnde Musik eines Orchestrions, Lachen und Singen Betrunkener - dann schloss sich die Tür wieder.

Ein Mann kam durch den Sturm die Strasse entlang. Er ging mit weit ausschlagenden Schritten, etwas nach vorn geneigt. Aus der Tabakspfeife, die er im Munde hielt, stoben manchmal Funken und fielen gegen seinen Mantel. Dann hob er mit einer kurzen Bewegung die Hand und drückte die Glut im Pfeifenkopfe fester zusammen.

Klirr - rasselte irgendwo eine Fensterscheibe auf das Pflaster. Eine Frauenstimme schimpfte; abgerissene Wortfetzen drangen durch den Wind zu dem Manne. Er hob einen Augenblick den Kopf, sah nach der Hausnummer über dem dunklen Torweg, an dem er gerade vorbeiging. Nummer 19 - also noch sieben Häuser weiter.

Der Sturm jagte. Mechanisch zählte der Mann seine Schritte - fünfundneunzig - sechsundneunzig - siebenundneunzig - - -

"Karl!" - Aus dem Dunkel eines Hausflurs trat ein Mädchen auf den Mann zu. Sie mochte Anfang der Zwanziger sein, war etwas kleiner als er. In ihrem blassen Gesichte mit den dunklen Ringen um die Augen brannten fiebrig rote Flecke. Sie trug einen engen Mantel, unter dem sich alle Formen ihres Körpers deutlich abzeichneten.

Sie begrüßten sich kurz. "Du bleibst so lange", sagte das Mädchen, doch es klang nicht wie ein Vorwurf, nur wie eine sachliche Feststellung. Der Mann nickte leichthin: "Der Sturm - es ist ja kein Vorwärtskommen". Dann ging er an der Seite des Mädchens durch den finsternen Hausflur und über den Hof.

Die Tür, die von der Kneipe mit der roten Laterne auf den Hof führte, öffnete sich einen kurzen Moment lang. Von drinnen scholl Kreischen und Lachen heraus. Ein Betrunkener torkelte an den Beiden vorbei zum Abort, Sie gingen den halbdunklen Treppenaufgang hinauf. Im zweiten Stockwerk strich der Mann ein Streichholz an. Es zischte auf und erlosch. Mit einem leisen Fluch entzündete er ein zweites und leuchtete nach dem Türschild. "Ja", sagte er, während er sich aufrichtete: "...ist schon richtig". Er griff nach dem Arme der neben ihm stehenden. Sie zitterte. Es war wie ein Schüttelfrost, der durch ihren Körper jagte. Der Mann versuchte, durch das Dunkel hindurch ihr Gesicht zu erkennen - er sah aber nur einen undeutlichen, weissen Schimmer.

"Hast Du Angst?"

"Nein", antwortete das Mädchen. Ihre Stimme klang gepresst und heiser. Der Mann zögerte noch ein paar Sekunden, hob ratlos die Schultern; dann zog er an der Klingel. Ein blechernes Gebimmel ertönte drinnen. Das Mädchen zuckte zusammen. Schritte kamen über den Korridor. Die Tür wurde aufgemacht. Die Öffnende leuchtete mit einer Taschenlampe dem Manne und seiner Begleiterin ins Gesicht. Der Mann blinzelte geblendet, fasste nach der Mütze. "Guten Abend! Wir kommen wegen...wir haben geschrieben...."

"Ach so", antwortete die Frau. "Kommen Sie nur herein!"

Sie gingen hinter ihr her durch den Korridor in eine Stube. Die Frau zündete die Gaslampe an und warf einen schnellen Blick auf die Besucher. "Setzen Sie sich doch!" Sie zeigte auf ein paar Stühle und setzte sich selbst auf einen Hocker, der am Bette stand. "In welchem Monat?"

Der Mann sah auf das Mädchen. Sie antwortete zögernd: "Im zweiten". Zweifelnd blickte die Frau sie an. "Stimmt das auch genau? Sie wissen, sonst kann es leicht gefährlich...."

Das Mädchen nickte. Die Frau stand auf. "Ziehen Sie sich aus! - Wollen Sie hier bleiben?" wandte sie sich an den Mann. Er nickte. "Schön. Fünfzig Mark macht es". Der Mann zog das Portemonnaie aus der Tasche, kramte umständlich darin und legte fünf zerknitterte Zehnmarkscheine auf den Tisch. Mit einem "Danke"! steckte die Frau das Geld in ihre Schürzentasche. "Legen Sie sich dann auf das Bett!" sagte sie zu dem Mädchen. "Ich komme gleich wieder". Sie ging aus dem Zimmer. Man hörte sie in der Küche mit Wasser plätschern. Dann sprach sie mit ihrem Kanarienvogel.

Das Mädchen war fast ausgekleidet und stand mit zitternden Gliedern und blauen Lippen am Ofen. Ihre Augen sahen angsterfüllt und hilflos auf den Mann, der auf seinem Stuhle sass und die Mütze gedankenlos in den Händen drehte. Ein dumpfes Schweigen war im Zimmer. Verständnislos sahen die Bilder an den Wänden und ein paar Schäfer und Schäferinnen aus billigem Porzellan, die auf dem Pa=neelbrett standen, auf die Menschen herab. Die Zähne des Mädchens schlugen aufeinander. Sie schien zusammensinken zu wollen. Der Mann stand hastig auf, trat zu ihr, legte den Arm um ihre blossen Schultern. Sie lehnte sich an ihn, schien etwas sagen zu wollen, aber in diesem Augenblick betrat die Frau wieder das Zimmer. Das Mädchen schrak auf, machte sich hastig von dem Manne frei, als fürchtete sie, im letzten Moment noch anderen Sinnes zu werden und trat an das Bett heran. - - -

Nach einer Stunde verliessen der Mann und das Mädchen das Haus. Er hatte

den Arm um sie gelegt. Sie stützte sich schwer und mit zusammengebissenen Zähnen auf ihn. Das rote Licht aus dem Fenster der Kneipe fiel auf ihre Gesichter; das schmerzzerwühlte der Frau, das des Mannes mit verkrampften Kinnbacken und starren Augen, scharfe Falten um den Mund. Es schien, als gingen sie durch ein Inferno - grelles Lachen drang halberstickt aus der Kneipe - einen Moment standen der Mann und das Mädchen in dem roten, flackernden Lichte, dann verschwanden sie wieder im Dunkel. Sie hatten den Wind im Rücken. Ein Stückchen weiter fragte das Mädchen: "Hast du nun noch Geld?" - Der Mann schüttelte den Kopf. "Nein, es war mein letztes". Dann, nach einem kleinen Schweigen, warf er bitter hin: "Kein Geld, keine Arbeit...."

Sie gingen, ohne zu sprechen, weiter. Das Mädchen hielt den Kopf gesenkt. Nur ab und zu fiel schwer eine Träne auf die Hand des Mannes. - - -

Walter Schirmeier.

Abnahme der Säuglingssterblichkeit.^X

SPD. Mit dem starken Geburtenrückgang in unserm Jahrhundert steht die erfreuliche Abnahme der Säuglingssterblichkeit in engem Zusammenhang. Und zwar ist es nicht nur die absolute Ziffer der gestorbenen Säuglinge, die naturgemäss mit dem Rückgang der Geburten sinken musste, sondern auch die Abnahme der relativen Säuglingssterblichkeit hängt mit der Geburtenbeschränkung zusammen. Den Grund hierfür erblickt Professor Hanauer (Frankfurt a.M.) mit Recht darin, dass in den Arbeiterfamilien, bei denen seit dem Kriege in steigendem Masse eine Geburtenregelung eingesetzt hat, den weniger zahlreichen Kindern ein grösseres Mass an Pflege und Fürsorge zugewandt werden kann, als das früher bei einer verhältnismässig grossen Kinderschar möglich war.

Die Hauptursache der verminderten Säuglingssterblichkeit liegt jedoch in den Wirkungen der organisierten Säuglingsfürsorge, die seit dem Beginn unsres Jahrhunderts einsetzte, und die jene segensreiche Propaganda für das Selbststillen entfaltete, das alle die in die Augen springenden Erfolge auf dem Gebiete der Säuglingshygiene erzielt hat.

Diese Abnahme des Säuglingssterbens, die in den letzten Jahren durchschnittlich von 13,8 auf 7,1 auf 100 Geborene, also etwa auf die Hälfte gesunken ist, kommt auch den unehelichen Kindern zugute, dank der besonderen Fürsorge, die durch die Berufsvormundschaften und die Beaufsichtigung der Kostpflege gerade diesen Kindern zugewandt wird. Trotzdem ist die Sterblichkeit unehelicher Kinder immer noch doppelt so hoch wie die der ehelichen!

Je jünger der Säugling ist, desto stärker ist seine Lebensbedrohung; ja, es ist festgestellt worden, dass trotz des allgemeinen Rückgangs der Säuglingssterblichkeit die Sterblichkeit der ersten Lebensmonate doch noch in ständigem Steigen begriffen ist. Die sogenannte Frühsterblichkeit der Säuglinge ist heute zu einem ernstesten Problem geworden, dem man besondere Aufmerksamkeit zuwendet, für das man aber bisher keine rechte Erklärung wusste.

Als zweite bemerkenswerte Aenderung in den Sterblichkeitsverhältnissen bezeichnet Professor Hanauer das Verschwinden des sogenannten "Sommergipfels" und das an seine Stelle getretene Vorkommen eines "Wintergipfels". Früher galten Juli, August, September als die kritischen Monate der Neugeborenen, während ihnen heute die Sommerhitze anscheinend nicht mehr so viel anzuhaben vermag, der Winter dagegen mit seiner Kohlennot der grösste Feind des Säuglings ist. Nicht mehr Magen- und Darmkrankheiten und Brechdurchfälle, die übrigens durch das sensationelle Verfahren der "Aepfeldiät" meist leicht zu beheben sind, bilden neuerdings die hauptsächlichsten Ursachen des Säuglingssterbens, sondern allgemeine Lebensschwäche und Lungenentzündung. Besonders gross war der Anstieg

der an Lebensschwäche Gestorbenen in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren, was zweifellos auf das Konto der Kriegswirkung, seelische Erschütterung und Unterernährung der Mütter zurückzuführen war, auch auf den höheren Anteil der Knaben an den Geburten, die häufiger als die Mädchen an Lebensschwäche zugrunde gehen. Grippeepidemien und sonstige Erkaltungskrankheiten, die Schwierigkeiten der Heizung, Bekleidung und Ernährung bedrohen die Neugeborenen auch weiterhin mit erhöhter Säuglingssterblichkeit.

Dr. Lily Herzberg.

X
Die Katze.

SPD. Ein allerliebste buntes Kätzchen liegt faul im Sonnenschein, gerade vor der offenen Ladentür beim Milchmann. Wer in den Laden will, muss darüber weg steigen. Da hilft mal nichts; das Kätzchen sonnt sich.

Die braven Bürger tun es auch. Das Kätzchen schnurrt behaglich, blinzelt einmal und überzeugt sich, was in der Welt los ist. Es ist nichts los. Sie klappt die Augen zu. Nach einer Weile reißt sie den Rachen auf und gähnt - uha! wie eine Löwin. Sie rollt sich übermütig auf den Rücken und tatz nach Greif, dem Wolfshund, ihrem friedlichen Spielkameraden. Der lässt sich ruhig eine Schramme über die Nase ziehen. Böse ist's ja nicht gemeint. Dann trollt er ab. Mieke schnurrt behaglich weiter.

Ach-tung! - Was steht da?! - Noch ein Hund - ein fremder?! - -

Jetzt aufgepasst!

Durch schmalen Augenschlitz stiert sie ihn an. Unmerklich straffen sich die Sehnen in dem kugelig-molligen Leibe. Das sieht man nicht; doch es geschieht. Ganz langsam streckt sich erst eine Tatze, dann die andre vor. Die grünen Augen bleiben unbewegt. Nichts, weder Furcht noch Kampflust, lässt sich darin erkennen - nur kalte, beherrschte Wachsamkeit. Nicht mehr, nicht weniger.

Der Köter ist dreimal so gross wie sie. Kraft hat er und ein Maul, sie zu verschlucken mit Haut und Haar. Aber er weiss nicht recht.. Er könnte das ja tun - und täte es auch - nicht mehr als gern... Es muss ja noch nicht gleich sein.

Er tut erst einmal, als hätte er sie noch gar nicht bemerkt. Er blickt wie unabsichtlich nach der Seite an die Wand. Das kann man ja als Strassenkötter tun. Er setzt auch mal einen Fuss ein bisschen vor und dreht den langen, spitzen Kopf, als hätte es gar nichts auf sich, nach der anderen Seite - wobei er zufällig und harmlos das Kätzchen mit Blicken streift. Warum soll er nicht nach der andern Seite sehen?

Mieke tut nichts. Sie schnurrt auch nicht mehr. Ganz langsam sind ihre Augen nur gewachsen. Grün und kalt stehen sie in ihrem runden Kopfe.

Ach-tung! Der Köter hat einen Schritt gemacht. Jetzt hat er sie bemerkt - er gibt es zu. Mieke steht langsam auf. Es eilt noch nicht.

Da - duckt er sich zum Sprunge. Aus Spass. Er zeigt mal sein Gebiss: sieh dir das an!

Mieke tut immer noch nichts. Sie zieht nur leise die Hinterbeine unter den Leib. Die standen noch nicht gut. Es spannen sich da unten die Sehnen. Aber das sieht man nicht; es wird verdeckt von harmlos-niedlichen, weissgestreiften Härchen.

"Jetzt komm' ich!" macht der Köter und fletscht die Zähne.

Na - etwas Zeit zum Weglaufen will er ihr noch lassen. Dann will er hinterher.

Mieke wird das zu dumm. Die Zähne lässt sie sich nicht zeigen. Mit einem Male ist sie doppelt so gross; die Haare sträuben sich; die Augen glühen.

"Cch-ech-ech!!!"

"Ei verflucht! Weglaufen sollst du doch!" denkt der Köter. "Du kannst wohl nichts - nichts anderes als einen Buckel machen..." Dann lohnt sich's nicht Was soll er dann hier noch stehen? Man geht eben weg - langsam, als sei hier nichts gewesen. Es muss ja auch nicht gerade an der Tür vorbei sein. Man kann sich umdrehen, wie man sich so manchmal umdreht - allenfalls zur Sicherheit erst ein paar Schritte rückwärts machen - dann fällt es nicht so auf. Den Schwanz ein bisschen eingeklemmt. Nun aber Trab! - -

Hinten, an der Ecke, bleibt er stehen und kläfft: "Katz', dir wär's schlecht ergangen!"

Mieze liegt wieder lang im Sonnenschein und schnurrt behaglich, zuckt mit dem linken Ohr - blinzelt - reckt sich - und gähnt.

Uha! wie faul....

Wilhelm Plog.

Wo bleibt die zweite Frau?X

Frauen der Arbeit, an euch geht der Ruf.
Wir werben um Kampfgenossen.
Wir brauchen ein starkes, tapferes Heer,
das zu uns hält, stetig und unverdrossen.
Wir brauchen nicht nur den zweiten Mann:
Die Parole muss heißen: Frauen voran!

Genossin, Kollegin, Frau, wo du auch steht,
an der Maschine, im Werkraum, in der Fabrik:
Du bist mündig, erwache, zum Handeln bereit!
Es gilt zu meistern dein eigen Geschick!
Deine Genossen werben den zweiten Mann.
Du bring' die zweite Frau - denk' daran! -

Nicht klagend und zagend mehr wollen wir säumen.
Wir wissen: Mit ehernem Schritt
marschiert die Partei der Millionen.
Wir Frauen der Arbeit marschieren mit!
Vorbei ist die Zeit, wo wir Dien'rin und Magd,
Wir wurden Menschen mit offenem Blick.
Im Kampfe für Frieden und Freiheit und Recht
stehen Frauen heut' nicht mehr zurück!
Mit frischem Mut drum, auf und voran:
Die zweite Frau neben den zweiten Mann!

Elka.

SPD. Das Sandelholz duftet schon im Keim. Das Temperament des Kindes lebt noch im hundertjährigen Greise.

Japanisches Sprichwort.

SPD. Besser ist es, ein Hahnenkopf zu sein, als ein Ochschwanz.
Japanisches Sprichwort.

Deutscher Reichstag

33. Sitzung vom 26. Februar 1931.

SPD. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangen die Kommunisten die sofortige Beratung eines Antrags, der sich gegen Lohn- und Gehaltsabbaumaßnahmen in den Duisburger Stahlwerken richtet.

Der Antrag wird ohne Debatte dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Weber (Staatsp.) tritt für die bekannten agrarpolitischen Anträge seiner Fraktion ein und betont, dass die Rettung der Landwirtschaft auch möglich sei, ohne dass die bewährten Bahnen der bisherigen Handelsvertragspolitik verlassen werden. Die Staatspartei wird sich nicht dazu hergeben, eine Handelspolitik mitzumachen, die den wirtschaftlichen Grundsätzen der kleinen Genfer Zollkonferenz widerspricht. Allerdings müssen die Verhandlungen, insbesondere mit den europäischen Nachbarländern auf absolut loyaler Basis geführt werden.

Abg. Schlange (Landvolk) begrüsst die Ausführungen von Dr. Weber, die die Möglichkeit böten zu einer späteren sachlichen Auseinandersetzung über die Agrarprobleme. Der Redner wendet sich dann an den Minister Schiele mit den Worten: Sie sind derjenige Mann, der von der sogenannten grünen Front auf diesen Platz gestellt worden ist. Ich bedaure aufs tiefste, dass Sie vielfach von denjenigen Menschen, die Sie auf diesen Platz vor nicht allzu langer Zeit gestellt haben, angegriffen werden mit einem geradezu erbarmungslosen Dilettantismus (Sehr wahr!) Man hilft der Landwirtschaft nicht dadurch, dass man sich statt in diesen Saal auf die Tribünen setzt und womöglich ein leises Stossgebet spricht, dass die Hilfsmassnahmen des Ministers mit einem Misserfolg enden möchten. Die alten römischen Plebejer, die den Auszug auf den Heiligen Berg machten, bewiesen mehr Staatsklugheit, als ihre Nachahmer von heute, denn sie kehrten bald zurück und brachten im geistigen Ringen mit den übrigen Berufsständen das verelendete Rom von damals auf die Höhe einer Weltmacht. Meine früheren Freunde, die jetzt im Lande agitieren, möchte ich an das Wort unseres verstorbenen Helfferich erinnern: "Sagen Sie dem Volke die Wahrheit, das ist die beste Politik!" (Beifall)

Der Redner beschäftigt sich dann mit den zollpolitischen Ausführungen von Dr. Weber und tritt für eine Einfuhr-Kontingentierung ein. Er bedauert, dass im Ausschuss die Wiederherstellung des zollfreien Gefrierfleischkontingents beschlossen worden ist und rüft in diesem Zusammenhang zu den leeren Tischen rechts hinüber: Wehe den Fehlenden! (Beifall).

Reichsernährungsminister Schiele geht auf die Ausführungen der verschiedenen Redner ein und unterstützt besonders die Anregung, wenn nicht anders möglich auch mit der zentralen Regelung der Marktverhältnisse weiter fortzuschreiten. Die Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents lasse sich angesichts der Ueberproduktion an deutschem Vieh aller Art heute nicht verantworten. Der Minister wendet sich dann gegen die gegen ihn gerichteten Angriffe von deutschnationaler Seite und erklärt dazu: Die Deutschnationalen haben durch ihr Ausscheiden aus der Regierung wegen des Locarno-Vertrages sich der Möglichkeit beraubt, die gegen landwirtschaftliche Interessen verstossenden Handelsverträge rechtzeitig anders zu gestalten. Nun werde ich angegriffen, weil ich diese Vertragspolitik natürlich nicht mit einem Schlage ändern kann. Wenn man der Landwirtschaft helfen will, dann darf man sich nicht von dem Kampfplatz entfernen, auf dem um das Schicksal der Landwirtschaft gerungen wird. Den Herren, die aus dem Sitzungssaal auf die Tribüne gestiegen sind, möchte ich zurufen: Lass es jetzt gut sein, Seni, komm herab, Mars und Kampf regiert die Stunde der deutschen Landwirtschaft. (Beif.)

Abg. Dr. Prütz (Volksnational) verlangt, dass es dem Arbeiter besser ermöglicht werde, sich anzusiedeln, um so die menschenüberfüllte Industrie zu entlasten und dafür den menschenarmen Osten mit einem neuen Stamm freier Bauern zu bevölkern.

Abg. Huth (Bayer. Vp.) beantragt in Fällen eines dringenden Bedürfnisses die Zulassung von Ausnahmen von den Vorschriften der Notverordnung über den Weizen-Ausmahlungszwang. Er wendet sich weiter gegen die grosse Einfuhr von ausländischem Obst und Gemüse.

Abg. Frau Dr. Weber (Ztr.) bedauert, dass beim Etat des Ernährungsministers zu wenig von den Konsumenten gesprochen werde. Der Minister sitze hier nicht als Beauftragter der grünen Front, sondern des ganzen Volkes. Das Schicksal der deutschen Landwirtschaft sei zum grossen Teil davon abhängig, wie die deutsche Hausfrau einkauft (Sehr richtig) Es sollte viel mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden im Sinne einer Bevorzugung deutscher Produkte.

Reichsernährungsminister Schiele antwortete, er nehme die Anregungen von Frau Dr. Weber gern auf. Er habe schon die Einrichtung eines Ernährungsausschusses in seinem Ministerium vorbereitet.

Abg. Putz (Komm.) schildert die Notlage ostpreussischer Kleinbauern und Pächter, Die Hilfsaktion der Regierung komme nicht diesen wirklich Notleidenden, sondern nur den Grossgrundbesitzern zugute. Der Redner wendet sich dann gegen den Roggen-Reichskommissar Dr. Baade.

Abg. Lehmann-Frankfurt (Landvolk) begrüsst die Bereitstellung grösserer Mittel für die Bodenverbesserung. Die Markthereinigung sei dringend notwendig, vor allem wegen der furchtbaren Notlage der Schweinezüchter im deutschen Osten. Er schliesst: Ich klage an, dass Abgeordnete, die mit Landvolkstimmen gewählt worden sind, die Kampfstätte ohne wahren Grund verlassen haben, auf der für das Landvolk gekämpft wird. Ich klage sie an, dass sie in Versammlungen Angriffe gegen den Minister Schiele richten, an deren Wahrheit sie selbst nicht glauben. (Beifall).

Abg. Kerp (Ztr.) stimmt den Richtlinien der Regierung für die Abdeckung der Winzerkredite zu.

Abg. Frau Dr. Matz (D. Vp.) begründet eine Entschliessung, in der die baldige Vorlage eines Standardisierungsgesetzes für Obst und Gemüse verlangt wird.

Abg. Haag (Landvolk) wendet sich gegen die Ausführungen des kommunistischen Abg. Hornle.

Abg. Dr. Horlacher (Bayr. V.) begründet einen Antrag, der die Regierung ersucht, die Einfuhrscheine für Rindvieh, Schafe, Rindfleisch und Schaffleisch unverzüglich wieder in Kraft zu setzen. Dem Zinswucher müsse endlich rücksichtslos entgegengetreten werden.

Abg. Moericke (Komm.) bezeichnet den Minister als Vollstreckungsbeamten des Grossgrundbesitzes und verlangt eine Verbesserung der Lage der Landarbeiter.

Damit ist die Beratung beendet. Die Abstimmungen werden auf Dienstag vertagt.

Um 5 1/4 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Haushalt des Innenministeriums.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 26. Febr. 1931

In der Donnerstagsitzung wurde zunächst ein Antrag der Volkspartei, dass der Bau des Mittellandkanals nicht verzögert, sondern beschleunigt werden soll, debattelos dem Verkehrsausschuss überwiesen.

Hierauf wurde die zweite Lesung des Justizetats fortgesetzt.

Abg. Weissermel (Dnt.): (mit lebhaften Zurufen links empfangen: Wo bleibt Steuer?) Ich habe nicht die Absicht, mich mit dem bekannten Buch über die "Gefesselte Justiz" eingehender zu beschäftigen. Aber wenn nicht grosse Teile des deutschen Volkes an politische Einflüsse auf die Rechtssprechung glaubten, wäre es nicht möglich, dass diese Schrift solche Wellen schlägt, und solchen Widerhall findet. Mit vollem Recht hat deshalb unser früherer Kollege Deerberg im Hauptausschuss von der erneuten schweren Vertrauenskrise der Justiz gesprochen und gefordert, dass sie in Zukunft wieder zu einem unantastbaren Palladium gemacht werde. (Lebh. Zurufe links: Warum musste er denn sein Mandat niederlegen?) In der Partei hat kein Ausschlussverfahren gegen Herrn Deerberg geschwebt und die Fraktion ist durch seinen Mandatsverzicht völlig überrascht worden (Grosse Heiterkeit links und i.d. Mitte). Der Justizminister hat im Hauptausschuss eine Justiz gefordert, die auch nicht den kleinsten politischen Einschlag habe. Aber er hat dann selbst erklärt, er wolle die Richter in den Geist und die Aufgaben des Volksstaates einführen. Dieser Weg ist umso gefährlicher, als von der Linken ein Trommelfeuer auf alle Richter gelenkt wird, die nicht nach ihren Wünschen urteilen, eine planmässige Erschütterungstaktik gegen die Gerichte angewendet wird. Die Richter, die von der Linken fortdauernd mit Schmutz beworfen werden, sind garnicht mehr in der Lage, nach ihrer freien Ueberzeugung Recht zu sprechen. Auch die Personalpolitik ist von politischer Beeinflussung nicht frei. Wir wollen Recht und Gerechtigkeit, nicht Staatsraison. (Beifall rechts)

Abg. Kuttner (Soz.):

Nachdem in der Presse angekündigt war, die Justizrede werde anstelle des Senatspräsidenten Deerberg Herr Steuer halten, erblicken wir eine gewisse Courtoisie darin, dass die Deutschnationalen Herrn Weissermel dazwischen geschoben haben. Denn allzu schroffer Wechsel in der Atmosphäre könnte gesundheitsschädlich sein. (Heiterkeit). Herr Weissermel ist seiner Aufgabe, den Abstieg von Deerberg zu Steuer zu überbrücken durchaus gerecht geworden. Er hat die Frage aufgeworfen, wie ein solches Machwerk wie das Zarnow'sche Buch solches Aufsehen erregen konnte. Ja, wie konnte dieses Buch den Mandatsverzicht des Abg. Dr. Deerberg herbeiführen? Die Antwort ist: Mit untrüglichem Instinkt haben die Deutschnationalen, vor die Wahl zwischen Deerberg und Moritz-Zarnow gestellt, Moritz gewählt. (Sehr wahr! links) Und dann fragen sie hier naiv und erstaunt, wieso ein solches Gemisch von Verdrehungen und offenkundigen Lügen die Oeffentlichkeit so intensiv beschäftigen kann.

Wer ist Herr Moritz? Er hat über sich selbst im "Deutschen Spiegel" erzählt, dass er 1919-1924 Deutsche Volkspartei, danach Deutschnational und neuerdings nationalsozialistisch gewählt habe. Inzwischen war er aber 1921 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und ist auf dem Bezirksparteitag, des Magdeburger Bezirks als Delegierter für Wernigerode aufgetreten. Nachdem hier vorliegenden Bericht hat er in seiner Rede beklagt, dass auch in der Republik noch die freiheitlich gesinnten Beamten verfolgt würden. (Heiterkeit) Im Jahre 1920 hat sich Herr Moritz meinem Parteifreund Redakteur Zimmermann als Zeuge dafür angeboten, dass die deutschen Offiziere in der Etappe geschwelgt und gehurt hätten. Die gleiche Auffassung hat er in Zeitungsartikeln

vertreten. Im Jahre 1924 endlich hat dieser deutschnationale Wähler, wie er selbst im "Deutschenspiegel" mitteilt, die Grundzüge seines jetzt erschienenen Buches in der "Roten Fahne" veröffentlicht. Moritz ist also das Urbild einer geschlossenen und charakterfesten Persönlichkeit, und er wusste schon, warum er sich hinter dem Pseudonym Zarnow verbarg, bis ich die Maske gelüftet habe. Das ist Herr Moritz politisch; moralisch hat das Schöffengericht Berlin-Schöneberg bereits im Jahre 1924 in rechtskräftigem Urteil festgelegt, dass Moritz Querulant und obstinater Rechthaber ist. Er sollte sich damals in der Universitätsklinik Halle auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen, hat sich aber geweigert; er ist insofern in einer glücklicheren Lage als der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Hinkler, dem die Universitätsklinik in Halle die Geisteschwäche bescheinigt hat. (Grosse Heiterkeit. Abg. Steuer: Da ist wohl ein republikanischer Professor? Erneute schallende Heiterkeit) In einem neuen, noch durch die Revision angefochtenen Urteil heisst es von Moritz, er habe die Unhaltbarkeit der von ihm erhobenen Vorwürfe genau gekannt; sein Verhalten streife nahe an Verleumdung. Das Berufungsgericht hat dieses Urteil dem Grunde nach bestätigt und ausgeführt. Moritz habe durch Verschweigen aller Ergebnisse der Beweisaufnahme bei seinen Lesern den Anschein zu erwecken gesucht, als seien die erhobenen Vorwürfe doch wahr. Für diesen ganz gewöhnlichen Verleumder kleinsten Formats hat die Deutschnationale Volkspartei den Senatspräsidenten Dr. Deerberg geopfert. (Allgemeine Bewegung, Widerspruch rechts).

Herr Abgeordneter Steuer Sie haben persönlich am wenigsten das Recht zu protestieren, wenn ich feststelle, dass die Deutschnationalen einen Deerberg dem Fälscher und Lügner, dem Psychopathen und Querulanten Moritz geopfert haben. (Lebh. Zustimmung links und in der Mitte). Nach einem Wort des Marburger Professors Kretschmar ist es an der Zeit, dass die deutsche Politik sich nicht länger von Psychopathen terrorisieren lässt, sondern sie wieder nach Gebühr zum Gegenstand ärztlicher Untersuchung macht. (Zustimmung - Zurufe: Steuer, geh! nicht nach Halle!)

Herr Abg. Weissermel hat sehr abschätzig über unsre Erschütterungstaktik, über unsre ganze Justizkritik geurteilt. Aber wenn Herr Landgerichtsdirektor Siegert Fememörder aburteilte, wie war das Echo bei den Deutschnationalen? Ich habe bereits im Vorjahr die Zeitungen mit der Ueberschrift "Justizmord" und "Bluturteil" hier vorgezeigt. (Abg. Weissermel: Das ist einmal; Sie machen es immer!) Einmal? Wie war es denn als derselbe Siegert George Grosz freigesprochen hat? Soll ich Ihnen Stösse Ihrer Justizkritik über die Urteile im Bombenlegerprozess vorlegen? (Sehr gut! links) Ihre Justizkritik und unsre Justizkritik unterscheidet sich nur in einem: Sie sagen: "Ich weiss es zwar nicht, aber es kommt mir fast so vor", (Grosse Heiterkeit) und wir belegen unsere Kritik Stück für Stück mit Tatsachen. (Lebh. Zustimmung links).

Seit der Beratung im Hauptausschuss sind noch keine 14 Tage vergangen, und schon wieder muss ich lauter neues Material vortragen. Die Antworten des Ministers auf unsere Grossen Anfragen haben uns nicht befriedigt. Im Düsseldorf Fall hat er uns mitgeteilt, dass die Strafe der schuldigen Nationalsozialisten in der Berufungsinstanz ohne jede Begründung von 10 Monaten auf 3 Monate Gefängnis herabgesetzt worden ist. In dem Fehlen jeder Begründung liegt einfach eine Pflichtverletzung. Die politischen Fehlurteile im Naumburger Beizirk erklärt er für Einzelfälle. Wieviel Einzelfälle müssen wir vortragen, bis er zugibt, dass System darin liegt? (Sehr gut! b.d. Soz.) In Zeitz erscheint immer dieselbe Bande von Nationalsozialisten zum Teil als Angeklagte, zum Teil als Zeugen vor Gericht und schwört sich frei. Wann endlich werden die Gerichte erkennen, dass die ganze Bande ungläubwürdig ist? Im Fall des Theologiestudenten Giesler hat tatsächlich das Gericht das Urteil mündlich damit begründet, man könne dem Theologie-Studierenden nicht zutrauen, dass er mit einem Bierseidel

geschlagen habe; und dass er dem Polizisten den Gummiknüppel entrissen habe, sei wohl nur zur Verteidigung geschehen. (Heiterkeit und Bewegung)

Landgerichtsdirektor Lau in Glogau hat schon wieder die Verleumdungen eines Naziagitators mit mildester Strafe belegt, weil es sich um die "einmalige Entgleisung eines ehrenhaften Bürgers" handle. Andere Verleumder spricht er auf Grund seiner neuen Theorie von der fortgesetzten Handlung frei. Da hat der Justizminister noch eine sehr ernste und eindringliche Erziehungsarbeit zu leisten. Weder er, noch die Gerichtspräsidenten sind, wenn sie wollen, gegenüber dem parteipolitischen Fanatismus gewisser Richter wehrlos. Auch die Unabhängigkeit der Richter ist kein Selbstzweck, sondern nur Mittel der Gerechtigkeit. Sollte diese Unabhängigkeit dazu missbraucht werden, offensichtliches Unrecht zu begehen, hätte sie ihre Existenzberechtigung verwirkt. (Sehr gut! b.d. Soz.) Genau wie die Immunität der Abgeordneten aufgehoben werden musste, als sie in grossem Umfang zur straffreien Verleumdung missbraucht wurde. Auch wir wünschen die weitausgedehnten Monstre-Prozesse nicht. Aber darüber, dass in Sachen Raiffeisenbank und Uraloff erst jetzt nach 5jähriger Voruntersuchung Anklage erhoben wird, habe ich deutschnationale Beschwerden nicht gehört. Auch nicht dagegen, dass Stinnes freigesprochen wurde, weil er - wie das Urteil sagt; sich zwar schamlos auf Kosten des notleidenden Staates zu bereichern versuchte, aber durch seine gesellschaftliche Stellung vor dem Verdacht absichtlichen Betruges geschützt sei. (Hört! Hört! links) Auch wir bedauern die Sensationsmache einer gewissen Presse. Aber ein Verbot der Pressekritik während schwebender Prozessverhandlung ist undurchführbar. (Zuruf rechts) Herr Steuer, Sie bekommen es doch einfach physisch nicht fertig, ein Jahr lang den Mund zu halten (Grosse Heiterkeit). Viele Richter urteilen in politischen Prozessen trotz ihrer sonstigen Pressverachtung einfach aufgrund dessen, was sie in ihren Zeitungen gelesen haben. Da muss die Justizverwaltung gemeinsam mit uns einen systematischen Kampf gegen Lüge und Verleumdung führen. Wir erstreben eine objektive Richterschaft, die verleumderische Hetzereien mit Verachtung zurückweist. (Lebh. Beifall b.d. Soz.)

Die Debatte wird durch die Abstimmungen zum Handelsetat, Bergetat und Finanzausgleich unterbrochen. Es werden fast durchweg die Beschlüsse des Ausschusses mit den Stimmen der Regierungsparteien bestätigt. In der fortgesetzten Justizdebatte erklärt Abg. Rhiel (Ztr.): Moritz-Zarnow habe den traurigen Mut besessen, den toten Am Zehnhoff mit Schmutz zu bewerfen, lediglich aus Agitationsgier. hätten sich die Deutschnationalen schützend vor diese Schmähschrift gestellt (Zuruf rechts: Sie treiben doch auch Agitation! - Zuruf im Zentrum: Aber nicht mit so dreckigen Mitteln!) Die Aeusserungen des Reichsgerichtsrats Georg Müller für Zarnow seien mit Amt und Ehre eines Reichsrichters nicht zu vereinbaren. Gegen den Landgerichtsdirektor Lau habe der Preussische Richterverein das Notwendige gesagt. Die Personalpolitik der Rechten in ihrer Regierungszeit habe darin bestanden, dass z.B. Fulda nie einen katholischen Landrat und nie mehr als einen katholischen Richter gehabt hätte. (Hört! Hört! i. Ztr.) Der Justizminister habe der Richterschaft seine herzliche Anerkennung ausgesprochen. Dafür verdiene er Dank, und die Richterschaft habe zu ihm volles Vertrauen. (Beif. i. Ztr.)

Abg. Obuch (Komm.) bespricht harte Urteile der Schnellgerichte. Er erhält für die Ausdrücke "Polizeimörder" und "Polizeibestie" zwei Ordnungsrufe.

Abg. Losenhausen (DVP.): Eine Schmähschrift wie das Buch von Moritz dient nicht der Gerechtigkeit. Wir verlangen absolute Zurückhaltung der Richter auf politischem Gebiet aber auch Zurückhaltung der Kritik. Der juristische Nachwuchs erscheint uns sehr gefährdet.

Abg. Freiherr v. Wangenheim (Welfe): In der Zeit deutschnationaler Herrschaft konnte kein Anhänger meiner Partei Richter werden. Dafür wurde der letzte hannoversche Aussenminister Graf Platen wegen seiner Ministerhandlungen zu-

15 Jahren Zuchthaus wegen Landesverrats gegen Preussen verurteilt. (Bewegung) Wir halten es für möglich, dass die Deutschnationale Fraktion durch den Mandatsverzicht Deerbbergs überrascht wurde. Was hat denn die Fraktion schon zu sagen? Die Deutschnationalen haben doch das absolute Regime des Herrn Hugenberg wieder eingeführt. Wir wollen heraus aus dem preussischen Polizeistaat.

Abg. Dr. Grzimek (Staatspt.): Die Deutschnationale Volkspartei hat in den Fall Deerbbergs bewiesen, dass sie unabhängige Richter nicht verträgt und in ihren Reihen nicht duldet. (Lebh. Zustimmung links und i. d. Mitte) Wir erstreben in der Justiz des Volksstaats ein wirklich modernes, freiheitliches Recht.

Die Weiterberatung wird auf Freitag 10 Uhr vertagt.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 26. Febr. (Eig. Ber.)

Der Landtag begann am Donnerstag die allgemeine Justizdebatte, die er am Freitag zuende führen wird. In ihrem Mittelpunkt stand noch immer die bekannte Schmähchrift von Moritz-Zarnow die "Gefesselte Justiz". Wegen seiner offenen Absage an das verleumderische Machwerk ist bekanntlich der deutsch-nationale Abgeordnete Senatspräsident Dr. Deerbbergs zum Mandatsverzicht gezwungen worden. Aber heute sprach für die Deutschnationalen nicht wie angekündigt Deerbbergs extremster Widersacher, Herr Steuer, ein Mann ganz nach dem Herzen Moritz-Zarnow's, sondern der alte Geheimrat Weissermel, der mit vorsichtigen Worten den Zwiespalt zwischen dem deutschnationalen Agitationsbedürfnis und dem Wissen um die Unwahrheit der erhobenen Vorwürfe wegzuwischen suchte.

Viel half das den Deutschnationalen nicht. Genosse Kuttner zeichnete den Moritz-Zarnow ungeschminkt. Wie er bei allen Rechtsparteien Mitglied war und gleichzeitig sozialdemokratischer Funktionär zu sein versuchte und Mitarbeiter der "Roten Fahne" wurde. Wie ihm schon vor sechs Jahren die Gerichte bescheinigt haben, dass er ein obstinater Rechthaber und Querulant sei. Wie in jüngster Zeit zwei Gerichte ihm attestiert haben, sein Verhalten streife nahe an Verleumdung. Einem solchen Fälscher und Lügner haben die Deutschnationalen den einzigen wirklich unabhängigen Richter geopfert, den sie in der Fraktion hatten

Kuttner trug dann eine Fülle neuer Fehlurteile namentlich aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Naumburg, aus Schlesien, Düsseldorf und Kassel vor und knüpfte daran die Warnung an die Richter ihre Unabhängigkeit nicht zu missbrauchen, wie die Nazis ihre parlamentarische Immunität missbraucht haben. Denn jedes missbrauchte Vorrecht muss schliesslich fallen. Seine Aufforderung an den Justizminister, strenger, härter, energischer zu werden, wurde durch den lebhaften Beifall der Fraktion unterstrichen.

In nicht viel weniger scharfer Weise rechnete der alte Zentrumsrichter Rhieß-Fulda und der Staatspartei Dr. Grzimek mit der Verleumderclique ab. Aber auch der Welfe Freiherr von Wangenheim entwarf ein Bild der Justiz des alten königlichen Preussen, das sich ihre Träger, die Deutschnationalen, nicht hinter den Spiegel stecken konnten. Ein Verteidiger erstand der Hugenberg-Gruppe aus dem ganze Hause nicht.

Wenn am Freitag Herr Steuer spricht, wird es für sie noch schlimmer werden!